

Arbeiter-Zeitung

Gesamt-Abgabe mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags. Preis je Heft: wöchentlich 0,50 Pf., monatlich 2,25 Pf. (Postnummer 10 Pf.). Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Pf. unter Briefzettel 2,50 Pf. Abgabeberechtigt. Die gebürgte Pauschalgebühr über deren Raum 12 Pf. Vereins- und Versammlungsangelegenheiten 8 Pf. Zeitung 6 Pf. Preis für die dreigeklappte Pauschalgebühr über deren Raum im Zeitraum 12 Pf. — Schluß der Anrechnung ist bei der Hauptabrechnung 8 Uhr; in den Hilfslinien am Tage vorher ab Mittag 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD. Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schöllander (Wärz 1920 ermordet)

Hauptsitz und Redaktion: Breslau 10, Kreuzher. Straße 50. Telefon 4710. Gehört daneben Breslau 644, Redaktion: Breslau, Kreuzher. Straße 50. Telefon Ring 8827. Sprechstunde: Dienstag von 12—13, Montag 8 bis Freitag von 17—18 Uhr. — Filiale: Expeditionen: Gleiwitz, Wilhelmsstraße 88, Telefon 2202. Güter: Güter & Telefon 2284. Geschäftszett.: von 8—10 Uhr. Vertrieb: Land am Saarverlagsges. Breslau. — Verlag: Sozialer Verlagsgesellschaft m.b.H. Breslau. Druck: "Verlag" Berlin, Gil. Breslau, Kreuzher. Straße 50.

G39. = „Rollkommandos“! Zäglich Überfälle in Berlin

(Fig. Drath.) Berlin, 11. Mai.

Vor einigen Tagen veröffentlichte unser Zentralorgan, die „Rote Fahne“, ein geheimes Rundschreiben des sozialdemokratischen Parteivorstandes, das sich gegen die freie Aussprache in den Wahlversammlungen wandte, mehr als zehn Minuten Rebezeit für die Diskussionen verbot und einen „energischen Genossen“ für die Versammlungsleitung vorschlug. Außerdem wurde befohlen, für „ausreichenden Saal schuß“ zu sorgen.

Unter „Saalschuß“ versteht die Berliner Sozialdemokratie ihre berüchtigten „Rollkommandos“, über deren standhaftes Einbrechen die „Rote Fahne“ dauernd berichtet. So wurden in Neukölln, im Wedding usw. kommunistische Arbeiter, Frauen und Mädchen von den sozialdemokratischen Nordbys mit Stahlstutzen und Schlagringen mishandelt. Eine Frau mußte sogar ärztliche Behandlung aufsuchen. Gegenwärtig vergeht kein Tag in Berlin, an dem die sozialdemokratischen Rollkommandos nicht irgendwo mit Prügeln austreten.

*

Vor wenigen Tagen veröffentlichte Paul Löbe in der sozialdemokratischen Presse einen Artikel, in dem er sich gegen das Austrittskommunistischer Diskussionsredner in sozialdemokratischen Wahlversammlungen wendet. Unter der lächerlichen Behauptung, die Kommunisten diskutieren nicht mit den Deutschen, versuchte er, in belamter Löbelscher „Liebenswürdigkeit“, ein Dis-

kusionsverbot für Kommunisten in sozialdemokratischen Versammlungen anzuregen.

Der Berliner Bezirksvorstand der Sozialdemokratie hat daraus bereits praktische Konsequenzen gezogen. Er steht ja unter der Leitung des berüchtigten Herrn Künster, der vor wenigen Monaten auch hier in Schlesien sein wahres Gesicht gezeigt hat. Als unser Genosse Haase damals sich in einer sozialdemokratischen Versammlung in Ohlau zum Wort meldete, herrschte der selbe Künster, ehe Haase überhaupt zu sprechen begann, ihn mit folgenden Worten an: „Wenn Sie nicht anständig reden, bekommen Sie eine Wucht!“ Wohlgerne, Künster kannte Genossen Haase nicht im geringsten! Trotzdem drohte der Tapfere, der sich hier in Übermacht wußte, mit Prügel. Die Berliner Rollkommandos der Sozialdemokratie, die selbst gehörlose Frauen und Mädchen mishandeln, sind also durchaus Geschwister ihres Führers, des Prügel-Künstlers.

Mit Recht schreibt die „Rote Fahne“: Hier kann es für jeden ehrlichen Arbeiter nur eins geben: Eine entschiedene Abstimmung an die schamlosen faschistischen Methoden der Rollkommandos, der Prügelgarden, der Zersetzung der Arbeiterschaft, wie sie der SPD-Vorstand und seine Kreaturen belieben. Am 20. Mai lautet die Parole:

Abrechnung mit der SPD!
Alle Stimmen der Liste 5, KPD!

Die Donez-Beschwörer vor Gericht

Berbrechen deutscher Ingenieure

Moskau, 8. Mai. Die Verhandlung des Prozesses gegen die Teilnehmer an der konterrevolutionären Verschwörung im Donez-Beden wird voraussichtlich am 15. Mai im großen Saale des Moskauer Gewerkschaftshauses vor einem besonderen Senat des Obersten Gerichtshofes beginnen. Den Vorsitz wird der Rektor der Moskauer Universität, Wissinski, führen. Die Anklage vertreten die Staatsanwälte Argentko und Boguski. Das Gericht wird aus fünf Mitgliedern zusammengesetzt, darunter ein Bergarbeiter aus dem Donez-Beden und ein Moskauer Fabrikarbeiter. Der Prozeß wird voraussichtlich einen Monat dauern.

Die Anklage ist auf Grund des § 58 des Strafgesetzbuches der RSDSKR wegen wirtschaftlicher Konterrevolution erhoben. Die Zahl der Angeklagten beträgt 53, darunter fünf frühere Besitzer von Kohlendbergwerken, 37 russische Ingenieure und die drei Deutschen: Ingenieur Otto und die Monteure Badstieber und Meier.

Die Anklageschrift

beweist astenmäßig, daß es sich bei der Schacht-Beschwörung um eine weit verzweigte Organisation handelt, die seit 1920 ihre verbrecherische Tätigkeit ausgeführt hat. Die Zentrale dieser Organisation waren Char'kov und Moskau. Die materiellen Mittel und die Belebungsgelder wurden von früheren Eigentümern und ausländischen Firmen geleistet. „Organe einiger ausländischer Mächte in der Sowjetunion“ heißt es wörtlich in der Anklageschrift, waren „der Vermittlungskanal“ für diese Gelder und die Instruktionen. Zweck der Organisation war die Sabotage der Produktion, angefangen bei der Beschädigung der Maschinen bis zur Verhinderung jeder Benutzung der Gruben. Die AEG-Ingenieure standen in engster materieller Verbindung mit der Verschwörerorganisation.

*

Nachstehend der Teil der Anklageschrift, der sich auf die Verbrechen der deutschen Ingenieure bezieht:

Besonders umfangreich war die Zerstörungsarbeit der Organisation beim Einfuhr von Importmaschinen, bei den Bestellungen an Auslandsfirmen, bei denen sich die Mitglieder der Organisation durch Direktiven des Wirtschaftsrates leiten ließen, daß die Mitglieder der Organisation bei den Einfuhrverhandlungen Vorfälle von den Lieferanten verlangen sollen. Der Angeklagte Kazarinow, der Importleiter des Trusts Donugol (Kohlenhandel im Donezgebiet, D. R. R.) schloß während seines Aufenthalts in Deutschland mit einer Reihe von Firmen ein Abkommen über Kommissionsprozente an die Organisationen. Kazarinow erhielt nach eigener Aussage von zwei deutschen Firmen 8000 und 7000 Mark.

Die Beteiligung der Organisation am Maschinenimport fand Ausdruck im Einfuhr überflüssiger oder nicht entsprechender Maschinen. „Der durch Handlungen der Organisation der Sowjetrepublik zu-

gefügten Schaden“, sagte Kazarinow aus, „beläuft sich auf Hunderttausende von Rubeln. Dieser Schaden gliedert sich in zwei Gruppen: unmittelbare Verluste durch Einfuhr überflüssiger oder nicht entsprechender Inventars, und Verluste durch Brachlegung von Kapital infolge Nichtausnützung und Liegenlassen von Maschinen.“

Eine Reihe ausländischer Firmen stand in Verbindung mit einzelnen Mitgliedern und mit der Organisation als Ganzem.

Diese Firmen gewährten den Schädlingen Belohnungen, die unmittelbar an die Organisation abgeführt wurden. Eine Reihe von Angeklagten haben eingestanden, daß sie nicht nur überflüssige, sondern auch unbrauchbares Inventar, darunter unbrauchbare Maschinen, kauften. Ein Beispiel dafür ist der Fall der unbrauchbaren Schreibmaschinen der deutschen Firma Krupp, mit der ein Mitglied der Organisation, der Ingenieur Göckli, einen Vertrag abschloß. Die Maschinen wurden trotz offensichtlicher Unbrauchbarkeit übernommen. Der Vorsitzende der Übernahmekommission, der Angeklagte Kusma, erhielt als Belebungsgeld 2500 Rubel. Der deutsche Monteur Badstieber, der mit der Aufstellung der Maschinen beauftragt war, gestand, daß er den Grubenleiter auf Beisicht seines unmittelbaren Vorgesetzten, des deutschen Ingenieurs Sebold, bestochen und das Dokument über die Brauchbarkeit der Maschinen, das nicht der Wirklichkeit entsprach, unterschrieben hat.

Die Lieferung und die Annahme unauglicher Maschinen verfolgt einen doppelten Zweck. Der Angeklagte Badstieber sagt darüber aus: „Unaugliche Maschinen zu liefern, um nach deren raschen Abnutzung neue Aufträge zu erhalten; in dieser Weise das Ziel der Zerstörung der Sowjetwirtschaft zu erreichen.“

Außer den direkten Auslagen Badstiebers verweist auf die Koordinierung des Vorgehens eine Auszehrung des Ingenieurs Sebold in der Wohnung des Ingenieurs Gavriljuschenko, daß „die Ausländer die Ausbaubarkeit der Bolschewik durch Lieferung guter Maschinen nicht unterstützen werden, sondern im Gegenteil durch die Lieferung alter Maschinen bremsen.“

So weit der erste Teil der Anklageschrift. Den zweiten, der die Verbindung der Beschwörer mit ausländischen Firmen nachweist, veröffentlichen wir morgen.

*

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Büro der Ingenieure und Techniker den Professor Schein zum öffentlichen Kläger im bevorstehenden Schacht-Prozeß gewählt. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Schwatz, ist ernannt nach Rostow am Don abgereist, um die Reorganisation der Bergwerksverwaltungen in Donugol zu übernehmen. Er kündigt eine verstärkte Beteiligung der Arbeiter an den Grubenerwerbungen an. Auch die wirtschaftliche Betreuung der Gruben soll in unmittelbarer Kontrolle des Bergarbeiterverbandes der Bergarbeiter gehalten werden.

Schule und Kommunisten

Die Kommunistische Partei stellt an die Spitze ihrer Schulforderungen die materielle Sicherung der Entwicklung des proletarischen Kindes. Eine Pädagogik, die sich nicht von vornherein als bürgerliche Klassenpädagogik kennzeichnen will, muß die materielle und psychologische Lage des proletarischen Kindes in den Mittelpunkt stellen, wie es die von den Reformisten bekämpfte „Internationale der Bildungsarbeiter“ auf ihrer diesjährigen Österreitigung tat. Schutz des proletarischen Mutter- und des proletarischen Kindes, das ist die Voraussetzung jeder sinnvollen Schularbeit. Der heuchlerischen Verhimmelung der Familienerziehung sejen wir die Tatsache des proletarischen Wohnungssiedens, der Hungerlöhne, der Frauen- und Kinderarbeit entgegen und fordern daher die obligatorische Kinderartergarten-Schule vom vollendeten vierten Lebensjahr. (Antrag der kommunistischen Landtagsfraktion.) Neuerdings liegt im proletarischen Interesse die Umgestaltung der heutigen Schulen aus Unterrichtsanstalten zu Schulheimen (Kinder- und Jugendlichen-Kommunen).

Doch aber die kapitalistische Republik noch nicht einmal gewillt ist, auch nur die selbstverständliche Grundlage für die körperliche Sicherung des proletarischen Schulkindes zu schaffen, zeigt die von allen Parteien, einschließlich der Sozialdemokratie, erfolgte Ablehnung des nachstehenden kommunistischen Antrages im Preußischen Landtag:

„Der Landtag wolle beschließen:

1. den Gemeinden besondere Geldmittel zur Verfügung zu stellen, um die Ernährung und Bekleidung eines jeden proletarischen behinderten Kindes sicherzustellen. Für alle proletarischen Kinder sind Schulspenden obligatorisch einzuführen;
2. die schulärztliche Kontrolle durch Einstellung weiterer hauptamtlicher Schulärzte und Schulpflegerinnen so auszubauen, daß auf je 1000 Schulkinder ein hauptamtlicher Schulärzt mit zwei Schulpflegerinnen entfallen;
3. besonders für die großstädtischen Schulen in erhöhter Zahl Ferienheime, Erholungsheime und Waldschulen zu errichten.“

Die Arbeiterväter, die diese selbstverständlichen Forderungen erheben, müssen also wissen, daß sie damit in dem Preußen des Sozialdemokraten Braun auf taube Ohren stoßen. In Berlin aber konnte der demokratische Stadtmedizinalrat es wagen, die Anstellung eines Schulärztes für weniger als 6000 Kinder als Luxus zu bezeichnen. Ebenso wenig hat die demokratische Republik Geld übrig für eine Herabsetzung der Klassenzahlen; im Gegenteil, überall sind Bestrebungen im Gange, die Besetzung der Klassen über 40 und mehr Kinder auch in den Gemeinden zu steigern, in denen in den letzten Jahren infolge des Einkommens der Einschulungsziffern die Zahlen unter 40 gesunken waren. Das „Ideal“ scheinen die 4120 einklassigen Schulen mit 40—100 Kindern zu sein, die es heute noch im Freistaat Preußen gibt.

Die Kommunistische Partei verlangt überhaupt den Bruch mit dem gegen das Lebensinteresse des Proletariats gerichteten System, alle Schullasten den Gemeinden aufzubürden. Die Sozialdemokratie kämpft angeblich auch gegen diese „Schacht“-Politik. Trotzdem lehnt sie es ab, auch nur 15 Millionen Mark zur Durchführung der in der Reichsverfassung festgelegten Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel in den preußischen Etat für 1928 einzusezen.

Wir kommen zur Frage des Schulhauses: Natürlich gibt es im kapitalistischen Klassenstaate keine Einheitschulen. Sogar die vierjährige Grundschule ist noch durch ein Privileg für „Begabte“, die schon nach drei Jahren zur höheren Schule dürfen, und durch zahllose private Bischöfchen und Familienzirkel durchbrochen. Einzig die Kommunisten kämpfen für die Beseitigung des Privatschulwesens, während die Sozialdemokratie in den Kommunen nach wie vor Mittel für deren Unterhaltung bewilligen. Zu einem Berufsschulzug für das gesamte Berufs- und Fachschulwesen der jungen Arbeiter hat es die deutsche Republik bis heute noch nicht gebracht. Die liberalen und sozialdemokratischen „Schulreformer“ begnügen sich, anstelle des Ausbaus eines wirklichen Einheitschulsystems, mit der elenden Lückenfüllerei von „Ausbauschulen“ und Volksschuloberklassen, durch die begabte Proletarierkinder in ganz geringer Zahl in sechs bzw. drei Jahren die Hochschule oder die sogenannte mittlere Reife erlangen können. Allzneben den in vollem Umfang konkurrierenden

höheren und mittleren Lehranstalten des Bürgertums richtet man ein paar Proletarischulen ein, auf denen unter unendlichen Unbehörungen Proletarierintelligenz den Weltlauf um die leidigen Vereinigungen mit der Bourgeoisie Jugend ausübt. Das nennt dann die Sozialdemokratie in ihrem Wahlaufruf „Abbau des bürgerlichen Bildungspflichtes“. Demgegenüber fordert die Kommunistische Partei den einheitlichen Ausbau des gesamten Schulwesens vom Kindergarten bis zur Hochschule. Sie fordert, daß sämtliche höheren Lehranstalten durch Abbau der unteren Klassen (die Mittelschulen haben restlos zu verschwinden!) zu „Ausbau Schulen“ gemacht werden. Sie fordert ferner, daß allen Kindern, deren Eltern nicht mehr als 3000 Mark Einkommen haben, Schulgeldfreiheit, Lernmittelfreiheit und ausreichende Erziehungshilfen von Staat wegen gewährt werden, ein Antrag, den die SPD in Preußen abgelehnt hat.

Wir sagen aber auch der Arbeiterschaft: Lest aus der Schulgeschichte Deutschlands und Österreichs, daß die Einheitsschule im kapitalistischen Staate nicht geschaffen werden kann! Schaut auf die Sowjetunion, auf den Arbeiters- und Bauernstaat, wo unter der proletarischen Diktatur das bürgerliche Bildungspflicht tatsächlich zerbrochen ist und die proletarische Einheits- und Arbeitschule entsteht!

Das ist der Kern aller Schulkämpfe, ob das Proletariat oder die Bourgeoisie der Schule den Stempel ausdrücken soll. Mögen die Lehrer noch so viel von der erzieherischen Bedeutung der Arbeit reden, in der Schule des bürgerlichen Klassenstaates tritt höchstens an Stelle des veralteten Lern- und Pausbetriebes die den Bedürfnissen der modernen Maschinenproduktion etwas besser angepaßte Methode des Arbeitsunterrichts. Aber selbst damit hat es in Deutschland als allgemeine Unterrichtsform noch gute Wege. Das Proletariat erhebt die Forderung, daß die Schulklassen zu Arbeitsräumen umgestaltet und sämtliche Schulen mit Werkstätten und Gartenland versehen werden. Aber noch heute ist mit verschwindenden Ausnahmen die deutsche Schule gekennzeichnet durch die Marterinstrumente von Schubbänken, durch die starren Stundenpläne und durch das Fehlen jeder Verbindung mit dem Produktionsprozeß außerhalb der Stunde. Die „Produktionschule“, wie sie in Russland entsteht, ist Programmypunkt der Kommunistischen Partei, da sie nach der Lehre von Karl Marx allein geeignet ist „die Produktion vollenständig entwickelter Menschen“.

Vorher aber hat das Proletariat Deutschlands erst noch die viel primitivere Aufgabe zu lösen, „die Schule dem Einfluß der herrschenden Klassen zu entreißen“. Der Kampf um das Recht auf Bildung hat klar gezeigt, daß die Bourgeoisie im Bunde mit der Kirche jede Spur proletarischer Ideologie aus dem Schulwesen zu tilgen einzuholen ist. Es hat dabei besonderslich im bürgerlichen Lager erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber gegeben, wie weit man zu diesem läblichen Zweck der Kirche Macht über die Schule einzunehmen müsse. Dabei traten zwei Punkte klar in Erscheinung, auf die allein die Kommunisten seit Jahren hingewiesen hatten: Erstens bietet die von der Sozialdemokratie mitgeschaffene Weimarer Verfassung in den Artikeln 146 und 149 die besten Handhaben zur Entzweitigung der Volksschule nach Verteilungssätzen und zur Aussicherung der ungeheuren Mehrzahl aller Schulen an die Kirche, zweitens zeigten sich sämtliche Parteien mit einziger Ausnahme der Kommunisten einig darin, daß alle Schularbeiten, auch die sogenannten weltlichen Schulen, im bürgerlich-kapitalistischen, ja sogar religiösen Geiste zu erziehen haben. Die Sozialdemokratie insbesondere forderte für alle Schulen, auch für die weltlichen, Erziehung zu „sittlicher Bildung, zu staatsbürglicher Einführung und zu persönlicher und beruflicher Tüchtigkeit“. Der schulpolitische Führer der Sozialdemokratischen Partei, der Reichstagabgeordnete Löwenstein, erklärte programmatisch, daß seine Partei das Schulgesetz des Bürgerblocks nur befürchte, „um die Wahn frei zu machen für einen Feuerkampf, der der Reichsverfassung entspricht“. Die Reichsverfassung aber kennt keine Weisheit und Einheitlichkeit des Schulwesens, wie sie noch auf dem Magdeburger Vertrag die alte Sozialdemokratie forderte, und sie kennt nur die bürgerliche Klassenerziehung.

Preußen aber, daß sozialdemokratische Majorität, war noch besonders bedeckt in diesem Kampfe. Die Regierung des Sozialdemokraten Braun begrüßte den Bürgerblock entwurf als „geeignete Grundlage“; ihre Änderungsvorschläge betraten nirgends die Grundstruktur des Schulverfassungsgesetzes, und sie billigte ausdrücklich noch die kirchliche Aufsicht über den Religionsunterricht. Und um dem katholischen Verbot die Krone aufzuziehen, hat sie in aller Stille in Kontakt mit der Paritätische ist gut wie fertig, durch das den Bassen nach dem Vater Danvers unerhörte Reichs- und Bekenntnisschule garantieren werden sollen.

Die Kommunistische Partei sagt den Arbeitern, daß der Preis jeder Koalitionsregierung die Auslieferung der Jugend und der Schule an die kirchliche Realien ist. Soher soll mit jeder Koalitionsregierung auch nur einer Kindermüll: Fort mit jedem und vor allem dem bürgerlichen Kontrakt! Fort mit dem Weimarer Kompromiß (Artikel 146 und 149 der RV), durch das die Einheitlichkeit und Weisheit des Schulwesens verraten wurde! Rechtsche Trennung von Staat und Kirche, Kirche und Schule! Alter Unterricht und alle Er-

ziehung muß durchdringen sein von der Weltanschauung des revolutionären Marxismus. „Die Volksschule“, so lautete der Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion zum § 1 des Reichsschulgesetzes, „dient ausschließlich den Interessen der arbeitenden Klasse. Sie ist ein Werkzeug im proletarischen Freiungskampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung. Ihre Ziel ist die Heranbildung gefunder, möglichst vielseitig entwickelter Menschen, die fähig und bereit sind, unter starker Verarbeitung der von der gesamten Menschheit unter der Münze des Kapitalismus erarbeiteten wissenschaftlichen Kenntnisse und technischen Fortschritten sich in den Dienst der internationalen Solidarität aller Werktätigen und des Kampfes für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zu stellen.“

So erheben wir Kommunisten auch in diesem Wahlkampf vor den Massen die alte Forderung: „Proletarische, weltliche Einheits- und Arbeitschule.“ Der Weg dahin führt nur über die Verschlagung des bürgerlichen Staats- und Machtpappates. Unsere Kinder aber sammeln wir schon heute in der Kinderorganisation des Jungspartaußubundes, um ein organisiertes Gegengewicht gegen die bürgerliche Schulerziehung zu schaffen, damit sie nicht widerstandslos den bürgerlichen Ideologie ausgeliefert sind. Wir erziehen unsere Jugend bewußt zu proletarischen Klassenkämpfern, die als junge Pioniere des Proletariats ihre Befinnung auch in die Schule hineintragen. Daher werden nicht die sozialdemokratischen „Kinderfreunde“, wohl aber der Jungspartaußubund von der Bourgeoisie und ihren Regierungsorganen wildend verfolgt. Die Arbeiterschaft aber, die Klasse der Zukunft, braucht eine Jugend, unverbogen an Körper und Geist, klassenbewußt und bereit zum Kampf für den Sozialismus.

Für diesen Kampf wählt am 20. Mai die Liste der Kommunistischen Partei, die Liste 5!



Zum Teufel mit Reudell!

Die oberösterreichischen Arbeiter „begrüßen“ den Rottfrontwürger

Gleiwitz, 12. Mai.

Von den Deutschnationalen war Reudell als Redner für Wahlveranstaltungen in Überbleiben angemeldigt und als „Mann der Tat“ gepriesen worden. Die oberösterreichischen Rottfrontkämpfer und revolutionäre Arbeiter demonstrierten gegen die Ausweichen des Rappiken und Rottfrontwürgers durch machtvolle Kundgebungen unter freiem Himmel. In Gleiwitz demonstrierten 3000 Arbeiter und Arbeitnehmer. Ein Bald von Transparenten: „Hoch Rottfront! Nieder mit Reudell!“, „Wir wählen am 20. Mai kommunistisch!“ legte Zengnis von dem Kampfwollen der oberösterreichischen Rappiken ab.

In Benthen demonstrierten 3000 Arbeiter und Arbeitnehmer auf dem Platz des Konzerthaus, in dem die Versammlung stattfand, in der Reudel sprach, gleich einer Fackung und war durch viele hundert Schrapen gejagt und abgesperrt.

Demonstranten zogen am Versammlungsplatz mit donnernden Rufen: „Zum Teufel mit Reudell! Nieder mit dem Rottfrontwürger! Nieder mit der Bürgerblockregierung!“ darüber.

Trug der Augsburger Empörung der Massen über die Provokation der oberösterreichischen Arbeiterschaft durch die Reudell-Partei verschiedene Demonstrationen in glänzender, revolutionärer Disziplin.

Seien Reudell härtete die Läß, Bahnhofseisen in Überbleiben zu machen, sehr schnell vergehen.

Um die „heilige Reif“

Die Theologen haben geschwindelt.

Bei dem Erzäler Schössingericht stand ein interessanter Gottesdiensttagungsprozeß statt. Der verantwortliche Rechtssektor des „Roten Teils“, Genosse Otto Thomas in Jena, hatte im Dezember 1927 unter der Leitung „Der Volksbeitrag von Sonnenreuth“ einen Artikel gehabt, der sich mit der bekannten Theresia Reinmaru in Sonnenreuth beschäftigte und angeblich Angstige gegen die katholische Kirche enthielt.

Nach Erzählung der Etigma-Ergebnisse hiß es: „Wir werden den Söhnen des Patriarkums in die Neuen Städte zerstreuen, damit die Bevölkerung einmal nur sieht, wie sie belogen und betrogen wird,

und deshalb, weil die Kirche ein glänzendes Geschäft machen will und ihr komponiertes, zerklüftetes Aussehen wieder herstellen will.“

Der Angeklagte gab an, die Artikelseite sei bereits in der ebenfalls in Jena hergestellten „Nordbayrischen Volkszeitung“ von einem bayrischen Arbeiter verfasst, im September erschienen und der stereotypierte Satz sei behangen geblieben. Im Mittelpunkt des Interesses der Sitzung stand die Aussage des als Sachverständigen und Zeugen geladenen Dr. Eduard Algeier aus Freiburg i. Br. Die Erklärung-Ergebnisse zeigen auf psychische Emotionen zurückzuführen, daß Phänomene sei also echt. Unverkärtlich sei der Artikel der Stoßwaffe der Therese Reinmar. Außallend aber sei, daß ihm, der sich 11 Tage in Sonnenreuth aufgehalten und den Fall untersucht habe,

jeder weitere Besuch veragt worden sei, nachdem er sich als protestant bekannt habe, und zu einem Monat in gehalten worden sei.

Der verstorbene Bischof von Regensburg, Henle, habe sich vollkommen einwandfrei verhalten. Auch der Ordensgeistliche habe sich zunächst entgegenkommend, mahnwollend und aufsäumnisch verhalten. Über die Veröffentlichungen anderer hervortretender katholischer Theologen (Dr. Martin, Mayr, Ritter von Lamath, Domkapitular Geiger, Kardinal Faulhaber-München) seien zu weit gegangen und ein Verdacht dagegen sei berechtigt gewesen. Deshalb seien die Bevölkerungen nicht einwandfrei gewesen und es hätte von Freiheit und Volksbetrag gesprochen werden können. Die Kirchenschaft halte die Erscheinungen vom medizinischen Standpunkt — Stoßwaffe aus — für gellärt.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Freudenthal, wies darauf hin, daß der Ausdruck „Betrug“ nicht im landläufigen Sinne zu nehmen sei. Den Artikel habe ein schlichter Arbeiter geschrieben nach eigenen Erfahrungen, und die zuvor erschienenen anderen Schriften hätten die Erkenntnis aufzunehmen lassen, daß es sich um Zug und Trug handele. Der Angeklagte habe im guten Glauben gehandelt und sei deshalb freizusprechen. Das Urteil saute auf 600 M. Geldstrafe an Stelle einer verwirrten 6000 M. Gefängnisstrafe. Die zur Herstellung benötigten Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen.

Der Urbahns-Schwindel der Sozialdemokratie entlarvt

Rechtsanwalt Genosse Dusch bittet uns um Aufnahme folgender Notiz:

„In der Veröffentlichung des „Volkswillen“ in Süß und bei „Vorwärts“ mit der Sensationsüberschrift „Der Polizeiausschiff“ und der Behauptung, die KPD-Zentrale habe Urbahns der Polizei durch Namensangabe seines Passes vor seiner Reise nach Russland ausgeliefert, unterbreiten wir der Dessenlichkeit folgende Tatsachen:“

Nach den eigenen Angaben, die Urbahns mir gleich bei der ersten Zusammenkunft nach dem Vorfall machte, hat sich dieser folgendermaßen abgespielt:

Urbahns hatte geglaubt, eine Genehmigung der Ausreise nach Russland von der Hamburger Polizei nicht erhalten zu können und hatte sich deshalb einen holländischen Paß besorgt. An der Grenzstation Chitkunen, bei der Zugkontrolle, fiel dem Beamten die Ähnlichkeit Urbahns mit dem Lichtbild auf, das ihm aus dem Polizeialben bekannt war. Er ließ sich den Paß geben und begann mit Urbahns eine Befragung, über die er seine Person. Dabei stellte sich heraus, daß Urbahns nicht fliehend holländisch sprach. Der Beamte ließ Urbahns aussteigen und setzte das Verhör fort. Dieses zog sich mehrere Stunden hin. Da Urbahns seinen wirklichen Namen nicht nannte, war der Beamte alsdann noch in Ungewißheit über seine Person und unschlüssig, ob er Urbahns wieder auf freien Fuß setzen sollte. Erst aus dem mitgeführten Gedächtnis von Urbahns ergaben sich weitere Unterlagen und es erfolgte alsdann seine Verhaftung und der Abtransport zum Amtsgericht Stolluponen, wo ich, auf telegraphischen Befehl, Urbahns aufsuchte.

Die von Urbahns selbst angegebenen Umstände von seiner Verhaftung an der Grenze beweisen, daß der „Volkswille“, unterstützt vom „Vorwärts“, diesen Wahlschwindel auf gut Glück betreibt.

Lebhaftig ist Urbahns dann sofort auf freien Fuß gesetzt worden. Einige Tage später war er durch Vermittlung von Genossen der Reichstagsfraktion bereits im Besitz eines legalen Passes und konnte, einige Tage verspätet, nach Russland reisen, wurde auch anstandslos über die Grenze gelassen.

gez. Dusch.

Vom Tage

Die Eisenpreise sind mit sofortiger Wirkung um 4 bis 7 Mark pro Tonne erhöht worden.

Im Braun-Prozeß kam es gestern zu neuen Zusammenstößen zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft. Der Angeklagte Genosse Ganz ist gestern aus der Haft entlassen worden.

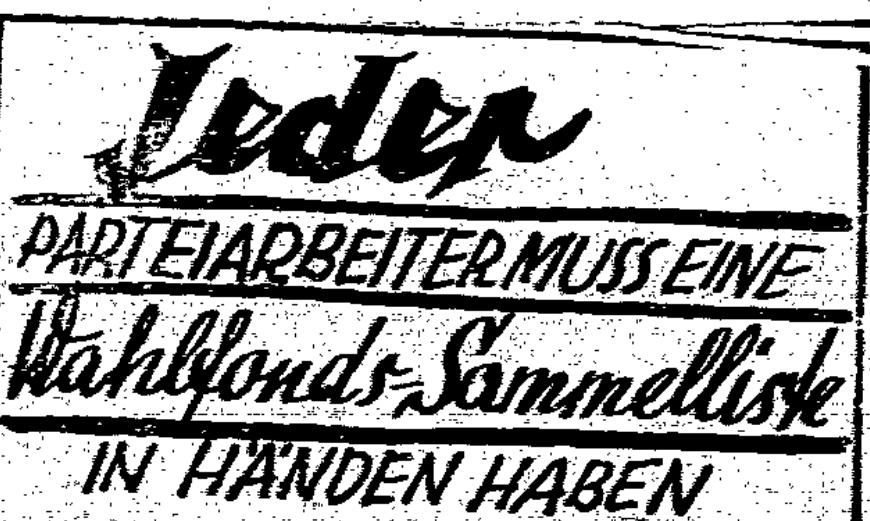
Wegen Beleidigung des Generals Vettow-Borbeck wurde der verantwortliche Redakteur der „Münchener Post“ zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Albert Thomas, der seinem Freund Mussolini vor einigen Tagen einen Besuch abstattete, ist in Barcelona eingetroffen, um dem spanischen Diktator Primo de Rivera einen Besuch abzustatten.

Genossen beachtet:

Die Betriebszentrale der KPD hat 25 verschiedene Grammophoplasten herausgebracht, die Lieder von Ernst Thälmann, Leon, Paul Fröhlich usw. sowie eine Anzahl revolutionärer Lieber und Märkte enthalten. Jeder Arbeiter, der im Besitz eines Grammophons ist, sollte sich einige dieser Platten anpassen, da sie vorzüglich zur Wahlpropaganda geeignet sind. Die kommunistischen Propagandatruppen benutzen diesen neuesten Wahlkämpfer für kleine Hof- und Häuserblöckeversammlungen, wobei sehr gute Erfolge zu verzeichnen sind.

Auslieferung durch Betriebszentrale der KPD. Hugo Oberlein, Berlin C. 25 — Kleine Alexanderstraße 28 — Postcheckkonto: Berlin 20 439 Hugo Oberlein.



Niederschlesien

GEB.

83,5 Prozent aller Reisenden benötigen die 4. Klasse.

In immer steigendem Maße wird die 4. Klasse der Eisenbahn von den Reisenden benötigt. Im Fernverkehr fuhren 1918 bereits 59,4% vom Hundert aller Reisenden mit der 4. Klasse. 1920: 80 v. H., 1926: 81,7 und 1927 gar 88,5 v. H. Sehen wir bis auf das Jahr 1900 zurück, so finden wir, daß damals nur ein Viertel aller Fahrgäste die 4. Klasse benötigte. Dagegen ist seit 1913 die Zahl der Reisenden in der 1. bis 3. Klasse nicht nur relativ, sondern auch absolut zurückgegangen.

Man mag die Entwicklung der Verhältnisse der deutschen Republik betrachten von welcher Seite man immer wolle, immer sehen wir dasselbe Bild: Die Verschlechterung der werktätigen Volkschichten macht rasche Fortschritte. Das beweisen mit aller Deutlichkeit die oben wiedergegebenen Zahlen über die Benutzung der vierten Wagenklasse bei der Dampfseebahn. Die Matadoren der Dampfseebahn stellen sich aber nicht die Frage, wie man die zunehmende Verschlechterung verhindern kann, sondern sie nehmen die Tatsache einfach zur Kenntnis und richten sich danach ein. Für sie ist das nur ein Geschäft, und ihr Sinn geht nur darauf hinaus, ihre Profite zu erhalten und zu erhöhen. Aus dem Elend sollen durch die geplanten Taxifahrthüungen weitere Profite geschunden werden.

Gerade die obigen Zahlen über die Benutzung der verschiedenen Wagenklassen veranschaulichen deutlich, wie die Entwicklung geht. Die Mitte verschwindet; es zeigt sich ein Proletarisierungsvorgang, wobei die größte Masse in die vierte Klasse abrutscht, während die Reichen und Leberechtchen in der 1. und 2. Klasse sich in den weichen Polstern gütlich tun. Wenn in der 1. Klasse ein absoluter Rückgang zu verzeichnen ist, dann deutet dieser Umstand darauf hin, daß die Riesenprofite der Kapitalisten, die in die Milliarden gehen, heute in die Hände einiger weniger Parasiten fließen. Ungeheure Verschlechterung des Proletariats auf der einen Seite und auf der anderen Seite märchenhafter Reichstum. Das ist es, was uns die obige Statistik offenbart. Wird das Proletariat diesem Zustand bald ein Ende bereiten?

Sagam

Glück im Unglück. Ein Installateur, der in Christianstadt auf einem Neubau arbeitete, stürzte durch Abrisschen aus dem zweiten Stockwerk in den Keller. Er kam mit dem Schreien davon und hat sich leinert Verletzungen zugezogen.

Großfeuer. Von einem Großfeuer wurde das Dorf Behnfeld im hiesigen Kreise heimgesucht. In der Wirtschaft eines Landwirts entstand Feuer, das sich auch auf zwei andere Wirtschaften ausbreitete. Sieben Gebäude fielen dem Brande, der schließlich einige Holzstapel eines Sägewerkes ersetzte, zum Opfer. Mit Motorpritzen aus Sagam und Haldau und mit Löschhilfe aus einigen Nachbarorten wurde das Feuer bekämpft. Der Schaden ist bedeutend.

Schwerer Betriebsunfall. Auf der Grube "Hermann" in Weißwasser wurde der Hauer Heinrich Paulick von hier durch her-

einbrechende Kohlenmassen bis an den Hals verdeckt. Mit schweren inneren Verletzungen wurde er in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus Nottbus übergeführt.

Hannover

"Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Aus Göttlich wird uns berichtet: In unserem Dorfe wohnt ein ehemaliger Landarbeiter, jetzt schon seit Jahren in der Industrie beschäftigt, der eine sogenannte Werkwohnung vom Gutshofe besitzt. Eine Räumungslage läuft schon seit geräumer Zeit und alle Anstrengungen des Arbeiters um eine andere Wohnung von der Gemeinde waren bisher vergebens. Als nun der Arbeiter dieser Tage von seiner Arbeitsstelle nach Hause kam, war seine Wohnung erbrochen, die Fenster ausgeschlagen. Der Täter hatte seine Möbel ausgeraubt. Vom Landrat wurde dem Arbeiter empfohlen, eine Klage wegen Diebstahls anzustrengen — aber er wurde bisher vom Wachtmeister wie Gemeindevorsteher abgewiesen. Arbeiter, sollte man glauben, daß so etwas möglich wäre nach zehn Jahren Republik? Das sind doch die Erfolge der Schwarzweizergoldenen Nationalpolitik! Am 20. Mai macht Schluss damit und wählt nun Kommunisten!

Liegnitz

Genosse Landtagsabgeordneter Oberlein-Berlin spricht am Mittwoch, dem 16. Mai, 20 Uhr im Wintergarten. Pflicht eines jeden Parteigenossen und KFV-Kameraden ist es, genügend Propaganda zu machen, um einen gefüllten Saal zu haben.

Die Wahlvorschläge im Wahlkreis Liegnitz. Nachdem eine erste Prüfung der eingereichten Preiswahlvorschläge im Wahlkreis 8 (Liegnitz) am vergangenen Freitag infolge einer Reihe von Unstimmigkeiten ergebnislos verlaufen war, ergab eine erneute Prüfung unter dem Vorstoss des Wahlkreisleiters am Dienstagabend, daß von den insgesamt 21 eingereichten Wahlvorschlägen drei nicht zugelassen wurden.

Der Herr Meister. Unsere Ankündigung über den Meister der Strickerie in der "Merkur" hat einige Leute etwas aufgeregt. Nun, Herr Dr. Moses, wenn Sie glauben, der Meister ist der "feinste Herr aus Liegnitz", dann nehmen Sie folgendes zur Kenntnis: Ist es unbedingt nötig, daß in einem Betrieb die Arbeiterinnen fälschlich und wörlich beleidigt werden? Wir empfehlen dem Meister, das Buch "Königliches Umgang mit Menschen" eingehend zu studieren. Seine Ausdrücke findet oder sandt man sonst nur auf dem Kasernenhofe. Wie war das mit der jungen Arbeiterin, die fristlos entlassen werden sollte? Derselbe schlägt, wie es vielleicht oft nicht zu umgehen ist, beim Einholen des Frühstücks Geld. So groß wird doch der Verdienst nicht sein, daß dauernd zugesetzt werden kann. Als aus diesem Grunde das Mädchen sich weigerte, weiter einholen zu gehen, gab es ein richtiges Theater, das mit der fristlosen Entlassung enden sollte. Warum konnte die Betriebsräte nicht die noch nicht bestätigte erst so spät eingreifen? Wir wollen hoffen, daß diese Zeilen dazu beitragen, daß der Meister einen anderen Ton seinen Arbeiterinnen gegenüber

anschlägt. Außerdem würde es sich für Herrn Meister empfehlen, die Detektivmethoden aufzugeben. Er hat doch daneben Verdächtigungen liegen nicht, unser Vertrauensmann sagt dazu: Wir können und werden auch aus anderen Abteilungen berichten.

Aus dem Riesengebirge

Das vierte Opfer der Weihenbergselte.

Der Unzug der Weihenbergselte hat nun mehr in Petershörl 1. Rtg. das vierte Opfer gefordert. Eine Arbeiterfrau wurde plötzlich irreversibel. Sie hat erst zu Ostern gehext und gehabt die Weihenbergselte an und hat auch deren Versammlungen besucht. Plötzlich brach bei ihr religiöser Wahnsinn aus. Sie sah sie Blut geschenkt und mußte erlöst werden. Sie verzweigte jede Rettungsausnahme und geriet in immer größere Erregung, so daß nichts führig blieb, als sie einer Heilanstalt zu überweisen. Von den Hängern Weihenbergs wird sehr in Berlin eine besondere Zeitung herausgegeben unter dem Titel "Der weiße Berg". Als Wahrspruch führen die "zwanglosen Blätter zur Ausklärung über Josef Beizenberg und sein Werk" die Schlagworte "Wahrheit, Plakat, Liebe, Freiheit, Duldung". Seine Jünger betrachten ihn als den göttlichen Meister, den Endpropheten, die Inkarnation der dritten Person der Gottheit.

Schlimme Folgen eines Straßenunfalls. In Hagnsdorf trieb ein Kutscher lässig ein Kalb auf der Straße vor sich her. Ein Auto fuhr zu dicht an dem Tier vorbei, so daß das Tier erschrocken ausstieg. Dabei wurde es vom Auto erfaßt und kam ein Bein gebrochen. Der Kutscher erlitt durch den Schred eine seelische Depression, die seine Überführung in eine Heilanstalt notwendig machte.

Au alle Ortsgruppenleitungen

1. Werden alle Parteileitungen daran ausmerksam gemacht, daß unverzüglich alle organisatorischen Vorbereitungen für den Wahltag getroffen werden müssen.
- a) Einteilung der Genossen für die Befestigung der Wahllokale bei genauer Festlegung der Wahlzeiten.
- b) Einteilung der Genossen für die Befestigung der Wahllokale in solchen Orten, wo keine Ortsgruppen bestehen.
- c) Organisierung des Schlepperdienstes.
- d) Zusammensetzung von Propagandatruppen.
2. Müssen die Ortsgruppenleitungen dafür sorgen, daß die großen vier- und zweiteiligen Plakate agitatorisch am wirksamsten angetragen werden. Jede Ortsgruppe hat nur einige von den verschiedenen mehrteiligen Plakaten bekommen, weil die Gußkatalogen groß sind. Deshalb darf auch nicht ein einzelnes Plakat in den Orten liegen bleiben. Dieselben sollen die Transparente, Werbewagen und zur Ausschmückung von Häuserfronten benutzt werden.
3. Hat jede Ortsgruppenleitung eine Kontrolle vorzunehmen über die Verteilung von Wahlmaterial, damit nicht ein Stück zwecklos verwandt wird.
4. Erinnern wir daran, daß am Abend des 19. Mai große Straßenumzüge in allen größeren Orten veranstaltet werden, wenn möglich mit Fackeln.
5. Alle für den Wahlsonntag gesammelten Geldeinfälle sollt mit der KZ-Begriffsetzung.



REEMTSMA CIGARETTEN
ERNTETE 23
STANDARD-MISCHUNG

5 Pf.

sind durch Patentanmeldungen in allen Kulturstaaten der Welt
für die Reemtsma A.G. und ihre Tochtergesellschaften geschützt und
können nicht nachgeahmt werden

(Für Deutschland werden keine Lizenzen vergeben)
REEMTSMA A.G. ALTONA - BAHRENFELD

Heut Freitag, den 10. Mai 1928, letzter Tag
5 und 8 Uhr

2 Großfilme
„Feme“
Opfer der Mordatmosphäre der Nachkriegszeit
„Rivalen“
Der größte amerikanische Anti-Kriegsfilm
in den
Gewerkschaftshaus-Lichtspielen
Für Jugend verboten!
Erwerbslose, Streikende u. Invaliden mit Ausweis
bis 5 Uhr 25 Pf. Andere Besucher
mit Ausweis 50 Pf. ohne Ausweis 70 Pf.
Zeigen Sie an der Kasse Ihren Belüder-Ausweis vor!
Arbeiter-Sport-Markt zu Breslau F. V.

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Freitag, 11., bis
Sonnabend, den 13. Mai
täglich 20 Uhr
Gastspiel Albert und Else Bassermann
Sünden der Jugend
Lustspiel von Noel Coward
Montag, 14.
bis Freitag, den 18. Mai
täglich 20 Uhr
Arm wie eine Kirchenmaus
Lustspiel von Ladislaus Dobor

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 12. 5.
bis Sonntag, den 18. 5.
täglich 20 Uhr

Der Diktator
von Jules Romains

Dienstag, den 15. 5.
Sonnabend, den 20. 5.
15.30 Uhr
Der Diktator

Sprechmaschinen, Schallplatten

kauft man am besten bei Schindler & Co.,
Breslau, Schmiedebrücke 29 a.
Unser Schläger: Eichen-chr., 4 Tür., Doppel-
federwerk, selbst. Absteller nur RM 160.—
Tisch-Apparate von RM 40.— an, Koffer-
Apparate von RM 25.— an, Groß Lager in
la Mandolinen, Lauten, Geigen, Jazzbands,
Schallplatten v. 95 Pf. an, Sprechmaschinen
Leichte Teilzahlungen Reparaturen billigst

Musikhaus „Odertor“

VINZENZSTRASSE 59, Ecke Elbingstraße
Sprechapparate u. Schallplatten
sowie Musikinstrumente aller Art

Billigst in großer Auswahl bei bequemer Teilzahlung

Meine Pfingst Angebot

ist unübertroffen
Der moderne Anzug u. Mantel
in den neuesten Farben
MK. 27.-75., 36.-, 45.-, 58.-, 65.-

N. Steinitz Jr.
Spezialhaus für Herren- u. Knaben-Bekleidung
Breslau, Albrechtstr. 57, 2. Haus v. Ringe

Der kluge Radfahrer
kauft Fahrräder, Fahrräder und Fahrräder nur im

Fahrradhause Jettko
Breslau Seestraße 3
kleine Langfahrräder gründlichen Er-
steuerung als Gufächer u. General-
reise, reiset müheloser Großhandlungen
und Gütern des Fahrradvertriebs bringt
Ihre für
reelle Bedienung konkurrenzlos Preise

**Eselster- und Diamant-
Fahrräder**
Fritz Dittmann
Breslau 9, Schwenckfeldstraße 32
Fach. Reparatur-Werkstatt

**Fahrräder
Kinderwagen
Sprechapparate**
Seite Fabrikat. Billige Preise!
Bequeme Teilzahlung!
Hesse
Breslau, Zeitg. Für eleganter

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Tel. Stephan 98300

Täglich 20 Uhr

**eine
einige
Nacht**

Sonntag, 15.30 Uhr

**Drei
arme
kleine
Mädchen**

**Sie verdienen
täglich**

10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönlich kaufen

Reste
n. Serge, Kitter, Lein-
wand, Hermeliner
Rohhaar Garn, Knöpfe
Kernseife, Erdal
alles sehr billige
prima Ware

Detail und Engros

Berth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Odertor, 17
Weizigerbergasse 43

Strohhüte

eleganter u. einfacher Aus-

führung kaufen Sie am billigsten

in der

Mufffabrik Carl Körber

Breslau, Reuschstraße 53

Fahrrad - Anzeiger

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Donnerstag, 19. Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie E 19
Launhäuser
Freitag, 20. Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie C 10
Der verlorene Gulden
Sonnabend, 20. Uhr
Rigoletto
Sonntag, 20. Uhr
Gavalleria rusticana
Herauf
Der Bajazzo

Eisenwaren, Haushalt- und Küchengeräte
Reinhold Schoepke
Breslau, Gräbschener Straße Nr. 42

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch Pf. 0.65—0.75
Schweinsköfte 1.20
Schweins-Kotelett . . . Pf. 1.10—1.20
Rindfleisch o. Knoch. Pf. von 1.— an
Suppenfleisch 0.60
Kalbfleisch 1.00—1.20
Kalbfleisch o. Knoch. 1.20—1.50
Rindsfleisch 0.90—1.00
Fräische Schweinsköpfe . . Pf. 0.80
Fräische Speck 0.70
Lungenfett 0.80
Ausgebr. Schweinefett (deutsch) . . 0.80
Gulaschfleisch . . Pf. von 0.80 an
Gehacktes 0.80
Räucherspeck (deutsch) . . Pf. 0.90
Gedörfte Eisbeine 0.75
Gelöft. u. roh. Schinken . . Pf. 0.45
Lachsfilet 0.45
Pechkopf u. Mortadella . . Pf. 0.25
Mettwurst, Braunschweiger . . Pf. 0.25
Leberwurst, Preßwurst . . Pf. von 0.60 an
und Knoblauchwurst Pf. von 0.60 an
Polnische . . Pf. 0.80—1.—
Feinster Wurstschnitt . . Pf. 0.40

Adolf Weiß
Fleischerei und Wurstfabrik, Breslau
Moltkestraße 13 / Fernspr. R. 2669

Auf Teilzahlung
gegen keine Anzahlung u. mögliche
Überzahlung liefern wir
**Seifzüge, Toilets, Gardinen, Bett-
decken, Wollwaren sowie Damen-
u. Herrenmäntel, Kleider, Angüsse**
PE. Melas
Breslau, Ritterstr. Stadtgraben 19

**Wir empfehlen
unsere
Buchdruckerei**
zu Anfertigung
von
**Werken
Plakaten
Briefbogen
Rechnungen
Programmen
Einlaßkarten
Flugblättern
Massenauf-
lagen usw.**
Gute Ausstattung!
Niedrigste Preise!

Strohhüte
eleganter u. einfacher Aus-
führung kaufen Sie am billigsten
in der

Mufffabrik Carl Körber
Breslau, Reuschstraße 53

Fahrradhause „Frisch-Auf“

Bundesgeschäft des Arb.-Radl.-Bund. „Solidarität“

Fahrräder — Nähmaschinen

Sprechapparate — Wringmaschinen

sämtliches Zubehör

Reichhaltiges Lager Eigene Reparatur-Werkstatt

Breslau, Nikolaistraße 16/17

Fahrradhaus „Eximius“

Reuschstraße 28

(Im Hause Brauerei zum großen Meerschiff)

Riesenauswahl mod. Räder in Garantie, kompl.

39.50, 48.50, 65.—, Halbmesser 68.—78.—, Renner

88.—, 105.— und höher in allen Preislagen.

Eximius, Exzessor, Claes-Pfei, Bismarck,

Arker, Hänzel-Corvette etc., Rahmen v. 15.53

aufw. in all. Preislagen, Freilauf Astoria 77.5,

Baden 9.50, Torpedo, Schläuche 95 Pf. Dosen

35.00, dito rot 3.25, Schläuchlein 5.75, Felge 0.95.

Pumpenbal. 8 Pf. Glock 74 Pf. Schutzbl. 78 Pf.

Lenker 2.45 — Enorme Auswahl in Bereitung!

Samt-Zubehör Bequeme Teilzahlung

Gebr. Räcer werden in Zahlung genommen!

Fach. gefeierte Reparatur-Werkstatt

Fahrräder

10 M. Anzahl.

3 M. Wochent.

Sprechmaschinen, kleine Anzahl.

Nähmaschinen ohne Anzahlung

Bittner, Scheitniger Str. 38

Reparaturen, Emailierung, Ver-

nicklung. — Versand nach außerhalb

Gegen rote Hände

und unglaubliche Haushalte verwendet man am besten die schneidig weiße
seifreie Creme „Eodor“, welche die Hände und dem Gesicht
eine matte Weiche verleiht, die der vornehme Dame erwünscht ist.
Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unglaubliche Was-
ceme wunderbar föhlend bei Juckreiz der Haut wird und
gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Guave ist. Der nachhaltige
Duft dieser Creme gleicht einem lautlos gepflückten Frühlingsstrauß
von Weihen, Maiglöckchen und Frieder, ohne jeden berüchtigten
Moldusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Preis der
Tube 60 Pf. und 1 M. — In allen Chlodont-Geschäften zu haben.
Bei direkter Einsendung dieses Inserates als Drucksache
mit genauer und deutlich geschriebener Adressen auf dem Umschlag
erhalten. Sie eine kleine Probe sendung kostenlos überfordert
durch Leo-Werke A.G., Dresden-N. 6.

80 mm

Max Schönfelder

Kaffee-Rösterei — Tee-Import
Waren-Versandhaus und Wein-Großhandlung
Breslau 1, Albrechtstr. 56

Heute bietet ich als ganz besonders vorteilhaft an:
Wurstwaren-Ausnahmangebot.

Brüna frische Leberwurst je Pf. M. 0.65
Gutsleberwurst, prachtvolle Qualität je Pf. M. 1.05
Delikatesz-Leberwurst, hochprima je Pf. M. 1.28
Hannoverische Mettwurst je Pf. M. 1.00
Berliner Mettwurst (Metelbasse) je Pf. M. 1.30
Koch-Mettwurst, prima prima je Pf. M. 1.40

Edle Allgäuer Teewurst je Pf. nur M. 1.85,
Postrolli (9 Pf.) das Pf. M. 1.80, bei Postrollen Ver-
packung I. Zone franco.

Einen großen Posten garantiert
deutschen Speck, frisch geräuchert,
das Pf. M. 0.85, 5 Pf. M. 4.35, 10 Pf. M. 8.50.

Zu diesem erstaunlich billigen Preis sollte sich jeder
Haushalt stark vorbereiten, denn dieses Angebot
bleibt bis in eine sehr lange Ausnahme.

Von Taschlässe bietet ganz billig an:
Edamer Käse je Pf. M. 0.80
Schweizer Käse, prima prima, extra, zart, je Pf. M. 1.55
½ Pf. M. 0.40

Limburger Stangenkäse je Pf. M. 0.48
Prima Landkäse je Pf. M. 0.45
Edel-Harzer-Käse 1 Pf. Pf. Karton M. 0.45

Ein Posten Bratheringe, prima
um den Posten zu räumen, die 1-Liter-Dose M. 0.65

Ebenso stelle ich
einige 100 Kisten tief schwarze, süße bosnische Pflaumen,
gerade jetzt, wo Komposte immer knapper werden, ganz
billig zum Verkauf, und zwar:

Große bosnische Pflaumen, Listenpreis M. 0.50, jetzt
je Pf. M. 0.38

dito mittelgroße, Listenpr. 0.45, jetzt je Pf. M. 0.35
dito Kleinfleischige, Listenpr. 0.35, jetzt je Pf. M. 0.28

Postrolli: Postrollen Verpackung, I. Zone franco.

Und als höchsten Triumph der Leistungsfähigkeit bitte
ich nachstehendes Angebot zu beachten u. Augen daraus
zu ziehen:

Ein Wagon prima prima Apfelmus,
süß und fertig zum Gebrauch, in einer Qualität, wie sie
wohl im Haushalt kaum übertroffen werden kann, und
dann die große Annahmehilfe, jede Minute mühselos

taschertig zum Ausgeben.

1 2 4 10-Pf.-Doze

M. 0.34 0.57 1.10 2.75

Nach ausw. Postrollen Verpackung frei Bahn Breslau
u. a. m.

Verkauf und Versand nur Albrechtstraße 56.

Kurz-, Weiß-, Wollwaren

Erwin Neumann
Breslau, Klosterstraße 115 / 117

Die Reformisten würgen ab!

Ungeheure Erbitterung der sächsischen Metallarbeiter

Chemnitz, 11. Mai. (Eig. Drahöber.) Am Donnerstag stand eine Vertrauensmännerversammlung des DMV. statt. Die DMV-Leitung sprach für sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Nachdem zwei Diskussionsredner gesprochen hatten, wünschte die Bürokritie die Diskussion ab. Sie ließ auch keine Abstimmung zu, sondern erklärte, es gäbe jetzt nichts mehr zu diskutieren und zu entscheiden, die Arbeit müsse aufgenommen werden. Es wurde von der DMV-Leitung die Anweisung an die Betriebsräte gegeben, sie sollen mit den Unternehmern über die Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln. Die Erbitterung der Arbeiter gegen die reformistischen Führer ist unbeschreiblich.

Dresden, 11. Mai. (Eig. Drahöber.) Die DMV-Leitung meigert sich nach der Verbindlichkeitserklärung der Schiedsprüche eine Streitversammlung der Mitglieder oder Funktionäre einzuberufen. Sie hat dagegen an die einzelnen Betriebsleitungen der Betriebe diktatorisch die Anweisung gegeben, sofort mit den Unternehmern über die Wiederaufnahme der Arbeit zu verhandeln. Unter den Metallarbeitern herrscht eine ungeheure Empörung.

Leipzig, 11. Mai. (Eig. Drahöber.) Die DMV-Ortsverwaltung hat für Freitag, den 11. Mai, eine Funktionärsversammlung einberufen, die zu der Verbindlichkeitserklärung Stellung nehmen soll. Noch heute haben die Belegschaften von zwei Metallbetrieben (Schmidt und Jahn) mit 90 Prozent Mehrheit einen Beschluss auf Fortsetzung des Streites trotz Verbindlichkeitserklärung gefasst.

Noch deutlicher kann die kapitalistische Haltung des sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht illustriert werden. Sie pfeifen auf die Demokratie und das Mitbestimmungsrecht der Mitgliedschaft und dictieren die Arbeitswiederaufnahme, weil — der Reichsminister und die Unternehmer es ja haben wollen. Gewerkschaftsloslegen, geht Antwort am 20. Mai! Schaut euch um die kommunistische Partei, die für uneingeschränkte Demokratie in den Gewerkschaften und rücksichtslosen Kampf gegen die Kapitalisten, ihrer Regierung und Minister eintritt.

Das Ende des schlesischen Steinarbeiterkampfes

Breslau, 11. Mai. Jetzt werden folgende Einzelheiten über die Ablösung des schlesischen Steinarbeiterkampfes bekannt: Am 2. Mai stand in Striegau eine Gaukonferenz des Steinarbeiterverbandes statt, zu welcher die oppositionellen Funktionäre nicht eingeladen wurden. Die sozialdemokratischen Führer blieben mit ihrem treuen Anhang allein und fachten Beschlüsse, über deren Inhalt die Mitgliedschaften bisher nichts erfahren konnten. Die Schiedsverhandlungen am Montag waren die reinste Komödie, da beide Parteien sich im voraus verpflichtet hatten, den Spruch, wie er auch aussehen mag, anzunehmen. Der Spruch entsprach, wie wir bereits gestern feststellten, allen Wünschen der Unternehmer. Die Mitgliedschaft des Verbandes wurde nicht gefragt, ob sie den Spruch annimmt oder nicht. Ihr wurde einfach mitgeteilt, daß ab Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen ist — und damit basta! Die lokalen sozialdemokratischen Blätter in Strehlen und Striegau, und auch die Breslauer „Volkswacht“ seien ihre infame Kommunistenzeit fort. Nun, wir sind bereit, uns über die Lehren des Steinarbeiterkampfes auseinanderzusetzen. Wir sind gewiß, daß die Mehrzahl der Steinarbeiter die Haltung der Gewerkschaftsopposition und der Kommunisten für die einzige richtige hielten und noch halten, und werden vielleicht schon morgen mit der Befreiung des abgeschlossenen Kampfes beginnen.

Arbeitsgericht verbietet Streikostenstehen

Essen, 11. Mai. (Eig. Drahöber.) Das Arbeitsgericht Duisburg hat auf Anforderung des Arbeitgeberverbandes für die Rheinschiffahrt eine einstweilige Verfügung erlassen, wonach den Arbeitnehmerverbänden bei Geld- oder Haftstrafe verboten wird, Streikosten aufzustellen oder Arbeitswillige zu behindern. — Kommentar überflüssig!

Streikverschärfung in Suhl

Suhl, 11. Mai. (Eig. Drahöber.) Der Metallarbeiterkampf hat sich verschärft. Nachdem ein Teil der Belegschaft der Firma Haenel in den Streit getreten war, ist jetzt der Rest der Belegschaft von

500 Mann ausgesperrt worden. Die IAG, verschiedene Arbeiterschaften und der Konsumverein haben eine Unterstützungsaktion eingeleitet.

Chamberlain antwortet auf den Kriegspaktvorschlag

London, 10. Mai.

Chamberlain erklärte heute im Unterhaus, Verhandlungen mit den Briten würden zwecklos sein, bis Zeit und Erfahrung ihr Wert gelan haben.

Auf die amerikanische Note bezugnehmend, erklärte Chamberlain, die Regierung begrüßt nicht nur warm die Initiative der Vereinigten Staaten, sondern habe die Hoffnung, daß sie erfolgreich zu Ende geführt werde und einen wirklichen Beitrag zum Frieden der Welt leisten werde. Chamberlain fragte: „Ist es nicht ganz natürlich und der Mühe wert, daß wir uns ein wenig Zeit nehmen, um die Beziehungen der neu vorgeschlagenen Verpflichtung zu den bestehenden Verpflichtungen, die wir übernommen haben, zu erläutern?“ und fuhr fort, der Friede sei ein Dokument zu erhalten, das alle unterzeichnen würden, in demselben Geiste, mit demselben Wohlwollen und derselben Entschlossenheit, es aufrecht zu erhalten. Kelloggs Rede habe gezeigt, daß es nicht der Wunsch der amerikanischen Regierung sei, die Verpflichtungen derjenigen zu beeinträchtigen, die bereits die Grundlagen des Friedens und der Versöhnung in Europa gelegt haben, und daß es vollkommen möglich sei, die bestehenden Verpflichtungen mit der neuen Erklärung, zu der Kellogg eingeladen hat, in Einklang zu bringen. Die augenblickliche Lage der Angelegenheit sei, daß die Regierung in England ihre Prüfung des Vorschlags beendet habe. Ihre Bemerkungen und Anregungen für die Antwort an die Vereinigten Staaten befinden sich bereits auf dem Wege nach den Dominions.

Herr Chamberlain will sich also Zeit nehmen, bis er sich auf die „Achtung des Krieges“ festlegt. Wenn man seine Erklärungen über die Briten liest, und „Zeit und Erfahrung“ mit Machtmittel des englischen Imperialismus übersetzt, begreift man seinen Wunsch, den Fragen aus dem Wege zu gehen.

Eine Schlacht bei Tsingtau

U. London, 10. Mai. Wie Reuter aus Tokio berichtet, ist in der Umgebung von Tsingtau eine Schlacht zwischen der 28. japanischen Brigade und einer südchinesischen Armee im Gange. Die Verluste der Chinesen sollen bereits sehr bedeutend sein.

Peking, 10. Mai. Tschiangkaischek scheint in Schantung den japanischen Truppen ausweichen zu wollen. Die Erbitterung der Chinesen im Yangtsetal steigt von Stunde zu Stunde, so daß Japaner-Pogrome erwartet werden. Die japanischen Kaufmännischen Verbände fordern von der Regierung kraftvolles Vorgehen. Die oppositionelle japanische Minseito-Partei hat beschlossen, ihren Kampf gegen die China-Politik der Regierung vorläufig zurückzustellen.

Zusammenstoß im Prozeß gegen die „Hamburger Volkszeitung“

(Eig. Drahöber.) Hamburg, 9. Mai. Im Prozeß gegen die „Hamburger Volkszeitung“ wurde durch Beweisantrag des Genossen Hegewisch festgestellt, daß der Hamburger Koalitionsrat ins. Sozialdemokraten Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur gestellt hat. Am morgigen Tag wird die Antwort des Senats auf das Erstuchen des Gerichts um Feststellung, ob der Senat diesen Beschluß gemeinsam gefaßt hat, oder ob der Präsident des Senats allein diesen Strafantrag unterzeichnete und gestellt hat, erfolgen. Im Verlauf der Verhandlungen versuchte der Staatsanwalt gegenüber der Feudellischen Versicherung, der KP. nachzuweisen, daß sie eine geheime Unterorganisation führe.

In der weiteren Verhandlung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Verteidigung und Gericht. Das Gericht wollte die Stellung der Polizei als objektiv bezeichnen und ironisierte den Hinweis des Genossen Hegewisch, daß die Polizei hätte rechtzeitig Abstreitungen vornehmen können, um dadurch Zusammenstöße zu vermeiden. Hegewisch protestierte gegen die Art und Weise des Gerichts und weist nach, daß Polizeibeamte wiederholt vor Gericht dem Verteidiger auf seine Fragen keine Antwort gegeben haben und besonders die Hamburger Polizei noch viele Lehren nötig hätte.

Ein Beispiel guter Propaganda

Genossen! Mach's nach!



Unschuldig hingerichtet!

Der Fall Jakubowski ausgelässt

Wir meldeten gestern „Vom Tage“ über den Justizmord an dem russischen Kriegsgefangenen Jakubowski, der im Jahre 1924 in Mecklenburg hingerichtet worden ist, weil er angeblich seinen außerordentlich vierjährigen Sohn ermordet haben soll. Jetzt stellt sich heraus, daß er gar nicht der Täter war, und der Oberstaatsanwalt und das Gericht damals nur auf Grund oberflächlicher Indizienbeweise das Todesurteil gegen Jakubowski ausgesprochen haben, das dann auch vollstreckt wurde. Die vermutlichen wirklichen Täter sind bereits verhaftet worden.

Ein weiterer Beitrag für die Gewissenlosigkeit der Klasse Justiz ist die heute bekannt gewordene Tatsache, daß im Untersuchungsgesetz Berlin-Moabit ein Provisionstreisender, der sich wegen einer Strafsache in Haft befand, der aber bereits vor 10 Tagen durch Aufhebung des Haftbefehls freigelassen werden sollte, erst heute aus dem Gefängnis entlassen worden ist, weil angeblich seine Alten verlegt worden waren. Seine heutige Freilassung kam nur durch einen Zufall zu Stande.

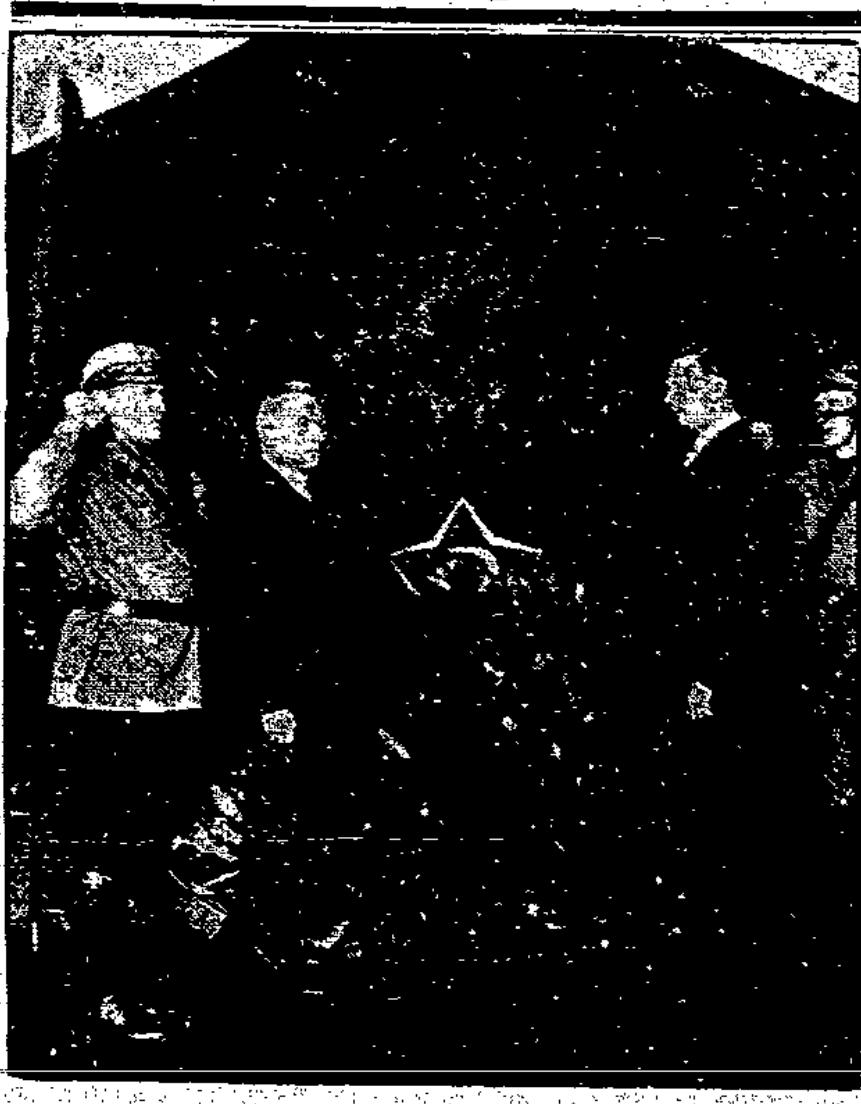
Berufung im Beuthener Faschisten-Prozeß. U. Beuthen, 11. Mai. Die wegen der Störung einer Versammlung der polnischen Minderheiten in Rößberg verurteilten 23 Selbstschuhangehörigen haben gegen das Urteil Berufung eingelegt. Sie begründen ihre Berufung vor allem damit, daß eine planmäßige Zusammenrottung nicht stattgefunden habe, so daß die Strafen deshalb in der zuerkannten Höhe nicht begründet seien.

Carol muss England verlassen. London, 11. Mai. In der gestrigen Unterhaussitzung teilte der Innenminister mit, daß er von Seiten des Prinzen Carol den Ausdruck des Bedauerns dafür empfangen habe, daß er unabkönnig der englischen Regierung Schwierigkeiten bereitet habe. Der Vertreter des Prinzen habe der Regierung Sicherung geben wollen, daß der Prinz jede politische Tätigkeit in England aufgeben wolle, wenn der Ausweisungsbefehl gegen ihn wieder zurückgezogen werde. Der Innenminister betonte aber, daß er sich mit dem Außenminister völlig darüber einig geworden sei, daß eine Zurücknahme des Ausweisungsbefehls nicht mehr in Frage kommen könne.

Berantwortlich: Für den politischen Teil Actur Lombronski, für „Petties und Westfall“ und „Salzwedel“ Wilhelm Biensdorff, für „Breslau“, „Görlitz“ und die übrigen Bezirke Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den sozialistischen Teil Fritz Jendroch, MdL, Gleiwitz, für Unterehr. W. Gerber, Breslau.

Überführung des Genossen Landler

Bilder aus Berlin



DIE BETRIEBE IM WAHLKAMPF

„Ihr freßt der Armen Hab und Gut, und Fluch wird Euch zum Lohne“

Lohnbeutel einer Textilarbeiterin

Ein Arbeiter schreibt uns: Wie verliert das Weberlied seine Bedeutung und Wirkung. Man muß auch heute in die Welt hinausschreien: „Ihr Schurken all! Ihr Satanabru!“, wenn man sich die Lohnbeutel an sieht, den eine Textilarbeiterin in den besten Lebensjahren erhält oder vielmehr gesagt erhält, denn obendrein ist sie jetzt noch mit anderen Arbeiterinnen in den „hohen Genü“ der Erwerbslosenfürsorge gelangt. Auf Deutsch geht es infolge der Rationalisierung. Also sage und schreibe 3,61 Mark Wochenlohn erhält eine in den dreißiger Jahren stehende Textilarbeiterin bei der Firma Salzmann in Friedland. Von diesen 3,61 Mark Lohn braucht die Arbeiterin noch eine Wochenfahrtkarte zu 2 Mark und hat also nur 1,61 Mark auf die ganze Woche zum Lebensunterhalt übrig. So sieht der Lohnbeutel aus:

18½ Stunden	4,00 Mark
Krankenlosse	0,24 Mark
Arval. u. Altersversich.	0,15 Mark
Erwerbslosenversich.	0,06 Mark
Inliegend in bet.	3,61 Mark
Sofort nachzählen!	

Die früheren Lohnbeutel dieser Textilarbeiterin sahen nicht viel besser aus. Sie hatte folgende Wochenverdienste:
 Bei 39 Arbeitsstunden: 9,68 Mark,
 Bei 39 Arbeitsstunden: 7,12 Mark,
 Bei 48 Arbeitsstunden: 19,18 Mark.
 Wenn man diese Löhne kennt, kann man die durch die Lohn erhöhung ab 1. Mai eingetretene „Besserung“ richtig beurteilen. Textilarbeiter, lämpft mit den Kommunisten gegen den Schlichtungsswindel, für ausreichende Lehnerhöhungen, für eine Arbeiter- und Bauernregierung. Erst dann wird die Lebenslage für alle Dorfbewohner und Hingerungen verbessert werden. Stimmt darum schon am 20. Mai für Liste 5 der Kommunistischen Partei!

Wählt oppositionelle Delegierte!

Am 13. Mai Delegiertewahlen im Fabrikarbeiterverband

Am 13. Mai findet die Wahl der Delegierten zum Verbandsstag der Fabrikarbeiter statt. Jeder, der die Anträge des Hauptvorstandes und der Statutenberatungskommission gelesen hat, wird erkannt haben, daß Änderungen im Statut vorgenommen werden sollen, die von weittragender Bedeutung sind. Der Vorstand will ein Statut schaffen, das ihm die Möglichkeit gibt, seine bisherige Politik des Burgfriedens, der Arbeitgemeinschaft, der Wirtschaftsdemokratie, der Unterstützung der kapitalistischen Nationalisierung stärker als bisher und gegen den Willen der Mitglieder durchzusetzen. Da den Kämpfern kommt ebenfalls

Führung der Invalidenversicherung durch die Gewerkschaften der kapitalistischen Staat und die Unternehmen in ihrem Kampf gegen die sozialen Leidenschaften unterstützen werden. Anstatt den Staat und die Unternehmer zu zwingen, für die Opfer der Arbeit zu sorgen, will man ihnen ihre Verpflichtungen abnehmen. Auch bedeutet die Einführung der Invalidenversicherung einen Abbau der Streik-, Gewalt- und Erwerbslosenunterstützung bei gleichzeitiger Beitrags erhöhung, die nicht jeder tragen können wird. Wie bei dem Erwerbslosenversicherungsgesetz, so wird man auch hier alle früher gesetzten Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse über Bord. „Fürsorge und nicht Versicherung“ war die Forderung der Gewerkschaften. Gegenwärtig wird diese Forderung nur von den Kommunisten vertreten. Nicht Unterstützungsverein soll der Verband sein, sondern Kampforganisation.

Arbeitskollegen und -kolleginnen, die ihr in den Gisibuden der Porzellanindustrie, Glasfabriken, Ziegelerien schuftet, wehet euch gegen diese Anträge. Jahrtausend lang habt ihr von den Schlichtern mit Zustimmung der reaktionären Gewerkschaftsführer um euren Lohn betrogen worden. Kämpft dagegen, daß man euch auch fernerhin unter das Tischt des Schlichters bringen will. Um 50 Prozent und mehr habt ihr eure Arbeitsteilung gesteigert. Die Lebenshaltung ist teurer geworden. Die Preise steigen weiter. Wo bleibt der Lohn? Diesen könnet ihr euch nur durch pünktlichkeitshafte Kampf holen, niemals durch kapitalistische Schlichter, niemals durch Wirtschaftsdemokratie. Nutzt den Vorstand zu:

Hände weg von der Streik- und Gewaltregeltenunterstützung!
Keine Invalidenversicherung, dafür aber Ausbau der Streikunterstützung!

Für die oppositionellen Kollegen werden auf dem Verbandsstag gegen die verbandsähnlichen Anträge des Hauptvorstandes kämpfen und die Wünsche der Mitglieder vertreten.

Wählt alle am 13. Mai den Kollegen Malzer.

Bohlin führt der Weg?

Ein Schweizer Arbeiter schreibt uns: Spricht man heute mit Arbeitskollegen über Wahlen und Wahlabsichten, so hört man die verschiedensten Ansichten. Es ist verblüffend, festzustellen, daß in den Betrieben, deren Inhaber Demokraten sind, heute die Belegschaft zu einer ganz anderen Auffassung gekommen ist wie 1924. 3-A Die Kampfverwertungszelle Ziktin, stammt Reichsbannerführer. Wir haben schon mehrfach über die dortige „demokratische“ Propaganda geschrieben, aber jetzt, 1928, haben die Herren Ziktin möglicherweise ein warmes schwartzrotgoldenes Herz, aber nur für diejenigen, die feige genug sind und zu Kreuze kriechen. Dieser Betrieb hat am 1. Mai gearbeitet. Der Betriebsrat ist dort zu einer Konzern-Beratungskommission herangezogen, auch in diesem Betriebe wird der Betriebsrat wieder auf Basis des Direktors der „Fabrik-Zitung“ eine Berichtigung zuzenden. Fabriksemehr und Reichsbannervereine, Doppelschichten, Fabrikanten für Reichsbannerfahrten. Sitz das Kampf für Sozialismus? Kollegen, Kolleginnen, macht Euch mit diesen Zuständen! Reicht euch der roten Front an!

Wählt am 20. Mai Kommunisten!

Liste 5 versucht den Kapitalisten die Freude!

zum Ausdruck, daß der Hauptvorstand nicht daran denkt, den Kampf gegen den Schlichtungsswindel einzunehmen. Die Anträge um Herauslösung der Kämpfer in der Streik- und Gewaltregeltenunterstützung vom 13. auf 26 Wochen, bedeuten einen Abbau der Kampfunterstützungen. Der Hauptvorstand ist eben der Ansicht, daß die Löhne nicht durch Kampf, sondern durch die Schlichtungskommissionen des kapitalistischen Staates geregelt werden sollen. Denjenigen, die dies verfolgen, die anderen Anträge, zum Beispiel der Antrag um Entziehung der Streikunterstützung bei Beweisgericht der Kämpferarbeit. Auf der gleichen Linie liegt die beanspruchte Einführung einer Invalidenversicherung. Wenn die Soziale nicht so ehrlich und ehrgeizig für die Arbeiter wäre, so könnte man eigentlich lachen über die Parzelle, welche die Führer der SPD und der Gewerkschaften jetzt eingespielt. Sie schreien: „Wählt SPD und alle Not hat ein Ende!“ Gleichzeitig schreien sie bedauert wenig. Beobachten auf die Entwicklung der deutschen Republik zu schenken. Wie könnte es sonst möglich sein, daß sie den Verband immer mehr zu einem Unterstützungsverein ausbauen wollen? Es liegt doch klar auf der Hand, daß mit der Ein-

setzung hätte, so wäre er zumindest aus dem Verbande ausgeschlossen worden. Kollegen, am 20. Mai gilt es, den Reformisten zu zeigen, daß die klassenbewußten Gewerkschaften gerade in der kommunistischen Partei die wahre Arbeiterpartei sehen. Jeder stimme für die Liste 5 — Kommunisten!

Oberschlesische Zementarbeiter fordern

Die Arbeit in der Zementindustrie stellt ungemeine Ansprüche an den menschlichen Körper und ruiniert in der längsten Zeit die Gesundheit. Trotzdem beträgt die Arbeitszeit vielfach zwölf Stunden. Die Arbeit wird in zwei Schichten, von 6 bis 18 und von 18 bis 6 Uhr. Die Löhne sind wahre Hungersöhne. Gleichzeitig steigen die Dividenden ins Unermessliche. Gleichzeitig sängt an zu arbeiten. Der Abholmarkt bestellt. Daher es den Unternehmern nicht schlecht geht, kann man auch aus dem Umstand erschließen, daß sie bei der Propaganda für die Deutsche Nationalsozialistische Partei kein Geld sparen. In den Werken wird bürgerliche Tageszeitung unten getragen. Das Steigen der Preise für Lebensmittel und sonstige Ar-

Der gibt seinen Wahlfondsbeitrag
einer bürgerlichen Partei.



Bei diesen Arbeitern mußt du für den Wahlfonds der KPD sammeln. Wird für Partei und Presse!

titel des täglichen Bedarfs zwingt die Arbeiter, mit Lohnforderungen an die Unternehmer heranzutreten. Wie verlaufen, hat die Verbandsleitung zu den bevorstehenden Verhandlungen Forderungen formuliert, die im wesentlichen lauten:

Gruppe A: 70 Pf. in der Spize. Die Jugendlichen im Alter von 18 Jahren sollen davon 85 Prozent, im Alter von 16 bis 18 Jahren 65 Prozent und die unter 16 Jahre 60 Prozent erhalten.

Gruppe B: 73,5 Pf.

Gruppe C: 77 Pf.

Gruppe D (Arbeiterinnen): 49 Pf. in der Spize, und nur 31,5 Pf.

für die Arbeiterinnen unter 16 Jahren. Die Jungarbeiterinnen zwischen 16 und 18 Jahren sollen 42 Pf. erhalten.

Gruppe E (Handarbeiter): 91 Pf. in der Spize, und 84 bis 70 Pf. für die Kollegen im Alter von 20 bis 25 Jahren.

Das sind gewiß sehr beschädigte Forderungen. Die Zementarbeiter müssen sofort befürchten, sie als Mindestforderungen zu betrachten und gleichzeitig alle Vorbereitungen zum Kampf zu treffen. Insbesondere müssen sie alle Energie zur Stärkung des Fabrikarbeiterverbandes aufwenden. Einfluß der gelben Verbvereine und sonstiger faschistischer Organisationen muß restlos gebrochen werden.

Gaukonferenz der Gemeindearbeiter

Am 6. Mai fand in Waldenburg eine Gaukonferenz des Stadtkommunalen und Gemeindearbeiterverbandes Schlesien statt. Nach der Eröffnung und den üblichen Begrüßungen trat man in die Beratung der Änderungsvorschläge des Vorstandes zu den Verbandsstatuten ein. Die Beiträge sollen erhöht (bei gleichzeitiger Heraufsetzung des Volkszuschlags) und voll abgerechnet werden. Der Volkszuschlag bleibt für die Selbstverwaltung der Filiale. Die Mehrzahl der Delegierten war gegen diesen Vorschlag, da der Volkszuschlag als zu niedrig betrachtet wurde. Gegen die geplante Alters- und Ruhegehaltsversicherung wurde jedoch protestiert und gefordert, man solle den Verband als Kampforganisation ausbauen und ihn nicht zu einem Unterstützungsverein herabsetzen lassen. Kollege Stetter-Berlin setzte sich stark für die Altersversicherung ein und wies auf andere Verbände hin, in denen die Versicherung bereits besteht. Der Gauvorstand, bestehend aus 15 Kollegen (davon sieben Bevölkerete) wurde gewählt. Zu dem Verbandsstag in Köln ist auf je 1000 Mitglieder ein Delegierter zu wählen.

An die Polleiter der Ortsgruppen und Zellen!
Werter Großes!

Es muß sofort kontrolliert werden, ob das Wahlmaterial richtig verteilt wird. Alle Flugblätter mit längerem Text müssen jetzt unverzüglich an die proletarischen Wähler gebracht werden. Die letzten Tage vor der Wahl ließ kein Mensch mehr bei der Masse von Material Flugblätter mit viel Text. Das Blatt ist in den letzten Tagen mit kaum Agitationssmaterial, außerdem der Handzettel mit wenig Text. Beachte diesen Hinweis und sorge dafür, daß alles Wahlmaterial zweckmäßig verteilt wird.

Die Ausgabeleitung

Strolche und Bagabünden

Ein Gewerkschafter schreibt uns: Am 2. Mai zogte in Deutschland die jährliche Monatsversammlung des Deutschen Baugewerbeverbands. Als Reden sangierte Paul Habel. Er gab einen Bericht über die letzten Wahlverschwendungen, der aus der Mitteilung bestand, wie lange sie mit dem Unternehmertum verbündet haben, ehe sie die Fazette von 6 resp. 5 Pf. herabsetzen konnten. Nun kam das Schauspiel. Dieser Herr Habel entblößte sich nicht, das Verbot des ZOB als eine mit dem Minister von Eichendorff abgemachte Sache hinzusehen, weil die Kommunisten den Nationalsozialisten sehr nahe standen und Agitationssmaterial für die kommenden Wahlen haben würden. So dieser Herr wurde jetzt ja doch mit belogen, die führenden Gewerkschaften der KPD mit den Worten wie „Strolche, Bagabünden“ zum Gelächter gebracht. Jetzt aber nicht lachen, denn die kommenden Wahlen werden ja die Kommunisten noch nicht ganz verschwinden, aber bei den nächsten Wahlen ganz bestimmt, da wird von dem jeglichen Bedeutung nichts mehr vorhanden sein.“

Sehr ein Gewissen hat das alles in einer Gewerkschafterzeitung erkannt und die SPD-Führer mit denartigen Worten be-

Heute heraus zum Massenmeeting!

Die Genossen Wollweber und Ammon sprechen. — B. A. Lust rezitiert. — „Die Trommler“ spielen! Alle sind um 20 Uhr im Schießwerder.

Sammelpunkte sind: Ohlauer Tor: 6,45 Uhr vom Websplatz; Scheitnig: 7,15 Uhr von Waschleit; Nord: 7,30 Uhr vom Weizenburger Platz; West: 7 Uhr vom Westpark; Süd: 7 Uhr von der Friedrichstraße (Bant); Zentrum: 7,15 Uhr von der Neuer Antonienstraße (Turmhof).

Breslau

Wahlspruch

Mit unverdorrier Hand rückt an
Im „Birkus Busch“ Herr Schelbemann.
Den Kaiserliebling wählen? — Nein!
Werktäg' wählen KPD!!

Die Stadtverordnetenversammlung auseinander gegangen

Die gestrige lezte Sitzung der Stadtverordneten war im wesentlichen ausgeschlossen durch Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen. Die Wohnungsausstellung soll 1929 stattfinden. Das Elterndenkmal soll am Westausgang der Elsterlaue errichtet werden. Versuchsweise soll die Heizung in einigen neuen Straßenbahnen eingeführt werden. Die Aufnahme eines Zwischenkreises in Höhe von 15 Millionen für Rechnung einer neuen Eingemeindungsanlage wurde zugestimmt. Dr. Friedlich und Oberbürgermeister Dr. Wagner hielten dann die üblichen feierlichen Wehraufschlußreden.

Die Werktäglichen in Breslau, die dem Stadtparlament Gaspreiswucher, Straßenbahnjahreisierung usw. verdanken, werden am 20. Mai ihr Urteil über die Tätigkeit dieser Stadtväter fällen und die Liste abwählen.

Was der Staatsanwalt als strafbar ansah

Am letzten Mittwoch stand der Herausgeber der „Dribüne“ Max Gruschwitz, vor dem Schöffengericht, welches in siebenstündigiger Sitzung nicht weniger als fünf Presse-„Delikte“ des Geheimen zur Erledigung brachte.

Zuerst fühlte sich einmal der Magistrat beleidigt, weil er mit Hinweis auf die vielen Korruptionsfälle, in die städtische Beamte verwickelt waren, aufgesordert worden war, seinen „Saufall“ auszumelden. Nach der Meinung von Landgerichtsdirektor Winter dürfen Kritiken an öffentlichen Mißständen nur in sonder Tonart vorgebracht werden, damit sie niemandem weh tun. Da im vorliegenden Fall ein nicht salönsfähiger Ausdruck gebraucht wurde, mußte das gerichtet werden. Und zwar verurteilte man den verantwortlichen Redakteur, der gleichzeitig der Artikelschreiber war, zu 100 Mark Geldstrafe. Außerdem aber erkannte man gegen Gruschwitz ebenfalls auf eine Geldstrafe von 100 Mark. Lebrigens brachte es Landgerichtsdirektor Winter, der doch scheinbar eine Abneigung gegen scharfe Ausdrücke hat, fertig, dem im Zuhörerraum über eine wichtige Redewendung des Rechtsanwalts Apfel lächelnden Schauspieler Josef Eim vom Opern-Theater im Kasernenhof zu zuzurufen: „Wenn Sie nicht aushören, flügen Sie raus!“ Das war nebenbei!

Eine Sache wegen „Gotteslästerung“ und eine weitere wegen Beleidigung des Rechtsanwalts Vandmann wurden verklagt. Bei der letzten Sache war besonders interessant, daß der Sozialdemokrat Vandmann wegen einer Gerichtskostenforderung bezüglich der Aufhebung des Haftbefehls gegen den Angeklagten in dieser unwichtigen Angelegenheit Bedenken hatte, obwohl Vorsitzender und Staatsanwalt für die Aufhebung waren.

Die nächste Sache mutete geradezu grotesk an. Gruschwitz hatte aus einem im Buchhandel erhältlichen Buch des proletarischen Dichters Oskar Kann ein Gedicht ohne Wissen des Autors publiziert, in dem die zartbeliebte Breslauer Staatsanwaltschaft eine „Aufreitung zum Massenhof“ sah und deshalb sowohl gegen Gruschwitz als auch gegen Kann eine Anklage erhob. Rechtsanwalt Dr. Apfel-Berlin machte in seinem Plädoyer diese Angelegenheit so madig, daß das Gericht beide Angeklagte freisprach.

Die letzte Verhandlung betraf eine angebliche Beleidigung eines Anteigengerichtsrats Kanter. Natürlich ist die Beleidigung eines Richters teurer als die des Magistrats. Darum wurde in diesem Falle eine Geldstrafe von 200 Mark erlassen.

Im Zuhörerraum fiel besonders der Gerichtsberichterstatter Dr. Hahn-Wright auf, der sich damit belustigte, am Pressestuhl in der „Schlesischen Zeitung“ aus Breslau-Kuhn sorgfältig mit Tinte einen Pfeil-Sohn zu machen.

Ja, es liegt oft ein tiefer Sinn im kindlichen Spiel ... m.

Ein Blick genügt ...

Und der Betriebsrat der Allgemeinen Ofenfabrikantasse fällt um. Aber er fällt nicht nur um, sondern hat sogar der „Arbeiter-Zeitung“ eine Berichtigung zugesandt. Und das alles, weil Herr SPD-Stadtrat Senkel die Stimmen gerunzelt hat, und weil ja schließlich die Wahlen vor der Tür stehen, die Sozialdemokraten, selbst wenn sie im Herzen anderer Meinung sind, nicht durch Aufhebung gegen die „vorgesetzten Genossen“ stören dürfen.

Zu unserem Artikel über den 1. Mai in der KPD schreibt also u. a. der (sozialdemokratische) Betriebsrat:

„Das in dem Artikel erwähnte Rundschreiben vom 30. April dieses Jahres enthält keinerlei Drohung, daß bei einem Wegbleiben vom Dienst am 1. Mai irgendwelche Nachteile entstehen können. Unwohl ist ferner die Behauptung der „Arbeiter-Zeitung“, daß der Vorsitzende am 30. April zu einer angeblichen Aussprache nicht erschien und den Angestellten mitteilte ließ, daß sie für den 1. Mai zum Dienst eingetragen würden. Tatsache ist vielmehr, daß die Betriebsvertretung mit der Verwaltung im Auftrage des Vorsitzenden am 30. April mittags die Einteilung derjenigen Angestellten zum Notbetrieb vornahm, die sich nicht an der Maßfeier beteiligen wollten. Wenn der Betrieb entgegen den freigewerkschaftlichen Forderungen am 1. Mai nicht stillgelegt worden ist, so liegt dies lediglich daran, daß leider einige Kollegen den Vorsitzenden der Gewerkschaften nicht folge leisteten. Mit diesen, die sämtlich freiwillig zum Dienst erschienen sind, ist der Betrieb notbeherrschende aufrechterhalten worden. Von Differenzen mit der Betriebsvertretung kann infolgedessen gar keine Rede sein.“

Dem ausmerksamen Leser fällt sofort auf, daß diese „Berichtigung“ Dinge „berichtigt“, die gut nicht bejaht werden. Wir haben nicht

sogar, daß in dem Schreiben Sonntags tatsächliche Drohungen enthalten waren, sondern unser nicht „angeblich“, lieber Betriebsrat, sondern tatsächlich sozialdemokratischer Gewährsmann wies nach, daß Freigewerkschafter und SPD-Mitglieder, weil sie das Schreiben eben als Drohung auffaßten, zur Arbeit erschienen und nicht feierten. Ebenso steht es mit der Einteilung zur 1. Mai-Arbeit. Dazu kam, obwohl er angekündigt war, Senkel nicht. Die Einteilung wurde dann, das stimmt und haben auch wir gefragt, von der „beauftragten“ Verwaltung vorgenommen.

Was nun den letzten Punkt betrifft, so halten wir unsere Behauptung, daß Betriebsratsmitglieder ihren Posten niederlegen wollten, aufrecht. Wenn sie das jetzt nicht eingestehen wollen, so werden wir auf ihren mangelnden Mut Rücksicht nehmen und auf eine Namensnennung verzichten, damit Ihnen von Ihnen eigenen Parteigenossen keine Unannehmlichkeiten bereitet werden.

Stahlhelmfreundliche Schupo

Aufzähler einer Konferenz mit dem Polizeipräsidium brachte Genosse Reimann zur Sprache, daß er während der Landbund-demonstration durch Schupobeamte vom Schloßplatz gewiesen worden sei. Herr Kleibom er nannte das einen „Übergriff“, den er mißbillige, und verschafft Abstufung.

Um vergangenen Sonntag während der Demonstration des Bäckerabends Stahlhelmlinge wiederholte sich nun der gleiche Vorgang. Schupobeamte hielten selbst die kleine Menge von Neugierigen zurück. Nicht nur das Innere des Stahlhelmlandes sollte freibleiben, sondern auch außen um die Stahlhelmlinge herum versuchte

Tagen offen zu halten. Sonnabends von 15,30—18 Uhr, Sonntags von 10—12 Uhr und Montags von 16,30—18 Uhr.

Sonntag ans Land

Genossen von Scheinig und Oberforst. Die am Sonntag ausgefallene Landtagssitzung findet am kommenden Sonntag statt. Der Fahrtelpreis pro Person beträgt 20 Pf. Alle Parteigenossen von Scheinig und Oberforst nehmen daran teil. Auch Frauen und Sympathisierende können teilnehmen. Die Teilnehmer reichen sich im Centralwahllokal ein. Centralwahllokal bei Schneide, Rosenstraße. Treffpunkt jeden Abend.

Landtagssitzung des Stadtteils Süd. Für nächsten Sonntag rüsten sich bereits sämtliche Genossinnen, Genossen und KFV-Kameraden zur gemeinschaftlichen Landpropaganda. Die Fahrt des Autos ist auf fröhlig 7 Uhr festgelegt. Zur Unkostenbedingung wird von jedem Mitglied 1 Mark erhoben. Erwerbslose zahlen 50 Pfennige. Der Betrag wird auch von den Mitgliedern erhoben, die ohne wichtigen Entschuldigungsgrund an der Fahrt nicht teilnehmen.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. „Feme“. Ein Film, der mit etwas reichlich Sentimentalität das Schicksal eines zum Hemmord verführten und dafür von der Polizei und vom Staatsanwalt verfolgten jungen Menschen schildert. Schluß: Er bereut und geht ins Wasser, obwohl er bereits als erschossen gilt und somit die Möglichkeit hätte, unter einem anderen Namen zu leben. — „München“ ist ein pazifistischer Film sein. Wenn man aber die frisch-frohen amerikanischen Kapitäne und Fahrräder sieht, so scheint es bald, als verherrliche der Film den Mannesmut und damit den Krieg. Der Kriegsverneiner wird als Wahnträumer gezeigt, wohingegen die Lebensbejaer auf den Klang der Trompete wieder und wieder zum Morden hinzuzeigen. Deshalb verblassen die realistischen, abschreckenden Schlagzeubilder. Technisch steht der Film weit über dem Durchschnitt. Plastentendenzen findet man leider in seinem der beiden Filme, was wohl auf die Schwierigkeit der Beschaffung derartiger Filme zurückzuführen sein dürfte. — 18.

Montag 20 Uhr, Wahlveranstaltung in Bräuers Festhalle, Gabitzstraße

1. Ansprache des Reichslandsabgeordneten, Geschle - Berlin.
2. Vorführung d. russischen Großfilms „Der Weg z. Sieg“

die Polizei einen freien Raum zu schaffen. Ja, einige Beamte ritten, nach der sattsam bekannten Methode, die Menge an (!!) und drängten sie zurück.

Ein Mitglied unserer Redaktion, Genosse Rudert, machte einen Beamten darauf aufmerksam, daß das Zurückhalten des Publikums ein Übergriff sei. Daraufhin drängten sich die Neugierigen an die Kundgebung heran, was die Beamten sehr plötzlich zuließen.

Herr Polizeipräsident, was haben Sie zu dieser fortgeleiteten Vorzugsung der Rechts-Kundgebungen durch Ihre Beamten zu sagen? Wieder nur ein „Einzelfall“?

Die Partei im Wahlkampf

Am Mittwoch veranstaltete der Stadtteil Zentrum im „Artikelsgarten“, Neue Gasse, eine öffentliche Wahlversammlung, die recht gut besucht war. Genosse Reimann sprach unter großer Aufmerksamkeit über: „Die Kommunisten im Kampf gegen die Feinde der Werktäglichen.“ Seine Ausschüttungen fanden bei den Versammelten lebhafte Zustimmung. Eine Diskussion fand nicht statt. Zum Schluß wurden Ansprachen unserer Führer und revolutionäre Lieder auf Schallplatten vorgeführt.

Gestern abend fand in den Hubertussälen, Friedrich-Wilhelm-Straße, eine öffentliche Sportlerversammlung statt. Die Genossen Wollweber und Thomas sprachen über die Wahlen am 20. Mai, die Stellung der Kommunisten zu diesen und zum Arbeitersport. Ihre Worte wurden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprach Genosse Heinrich, der aufforderte, der KPD die Stimme zu geben. Gegen 20,30 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Impfungen 1928. Bei den diesjährigen Impfungen der Säuglinge (Erstimpflinge) wird erstmals ein neues Verfahren eingeführt. Die Angehörigen der Erstimpflinge erhalten vom zuständigen Polizeirevier eine besondere schriftliche Aufforderung zur Impfung mit der Angabe, zu welcher Zeit und in welchem Impfbezirk der Impfling — sofern nicht die privatärztliche Impfung vorgenommen wird — vorzuführen ist. Eine Wahl des Impfbezirks oder des Impftermins steht danach den Angehörigen der Impflinge nicht mehr zu. Die Aufforderung der Polizei ist aufzubewahren und in den ersten Tagen nach der Nachschau mit dem Impfschein dem zuständigen Polizeirevier zur Einsicht und zum Vermerk vorzulegen. Diese Regelung gilt für das alte Stadtgebiet. In den eingemeindeten Ortschaften wird Näheres besonders bekanntgegeben werden.

Eröffnung des Botanischen Gartens. Vielsachen Wünschen entsprechend, hat die städtische Gartendienstverwaltung sich entschlossen, verjüngt den Botanischen Schulgarten in Scheinig für den öffentlichen Besuch vom 12. Mai 1928 ab bis auf weiteres an folgenden

Arbeitersport

Fußballpartie. Gruppenspiel ausgeschlossen. Sämtliche Spiele gegen Canth I fallen bis auf Widerruf aus. — Für die Städtemannschaft am Himmelfahrtstag sind folgende Sportgenossen bestimmt: Klante (Wacker), Windler (VfL), Kleinert (KSV), Onieier (West), Kährig (Stern), Hampel (Union), Jurek (Sturm), Knothe (Wacker), Binner (VfL) Freund und Hammerberg (Union). Eröffnung Schenke (Einigkeit), Marganus (Stern), Seldel (VfL). In diesem Tage herrscht Spielverbot ab 12,00 Uhr. Am 20. Mai ist für den ganzen Tag Spielverbot. — Serienspiele am 18. Mai: 17 Uhr: Borwarkis I — Tasmania I, Ewald; 16 Uhr: Borwarkis II — Tasmania II, Seelent; 10 Uhr: Sil. Kiders I, Jgd. — Osowiz I, Jgd. Eröffnung, sämtlich im Stadion. Gesellschaftsspiel: 8,45 Uhr: West I, Jgd. — KSV. Osowiz. Freitag Mitglieder-Vollversammlung. Wichtige Tagesordnung.

2. Männerabteilung. Sonnabend für unsere Mitglieder im „Schweizerhof“, Morgenau, Mailänder. Die Mitglieder anderer Arbeitersportvereine sind dazu eingeladen. Beginn 18 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Nieder-Salzbrunn. Arbeiter-Turn- und Kraftsportverein. Sonnabend 19,30 Uhr Monatsversammlung im Vereinslokal.

Versammlungskalender

In der letzten Zeit ist es des öfteren vorgekommen, daß Versammlungskalendernotizen nicht erschienen. Das lag entweder daran, daß die Notizen verspätet oder nicht direkt an die Redaktion gingen. Wir weisen deshalb noch einmal auf folgende Dinge hin:

1. Alle Notizen müssen am Vorabend des Ankündigungstages bis spätestens 19 Uhr in den Händen der Redaktion sein.
2. Für Breslau sind sie unbedingt in die Briefkästen auf der Feldstraße oder Trebnitzer Straße zu stecken.

Für alle anders übermittelten Notizen wird durch die Redaktion leinerer Verantwortung für rechtzeitiges Erscheinen übernommen. Parteiveranstaltungen.

Breslau.

— Stadtteil 1 (Ost). Sonntag 8 Uhr Parteigenossen und KFV-Kameraden im Lokal Wolf, Ecke Lauenhain- und Königgräßer Straße.

— Stadtteil 1 (Ost). Sonntag 9 Uhr Parteigenossen und KFV-Kameraden.

— Stadtteil 2 (West). Sonntag 7 Uhr sämtliche Genossen mit Fahrtkarten am Striegauer Platz zur Landtagssitzung.

— Stadtteil 4 (Süd). Sonntag Landpropaganda. Fahrt des Autos 7 Uhr.

Kommunistischer Jugendverband Breslau.

— Südwest. Sonntag Radfahrer 7,30 Uhr, Fußgänger um 8 Uhr am Striegauer Platz.

Rotter Frontkämpfer-Bund Breslau.

— Abt. 2. Freitag 19 Uhr Antritt am Baumstahlplatz. — Sonnabend sämtliche Kässierer von 18—20 Uhr bei Rösner, Oberstraße, abrechnen. — Sonntag 9 Uhr alles bei Rösner zur Landpropaganda.

— Abt. 3. Freitag 18,00 Uhr Weizenburger Platz Antritt.

— Abt. 4. Heute 19 Uhr Antritt Westpark. — Sonnabend bis 21 Uhr müssen sich alle bei Hanke, Mariannenstraße, melden, die zu Fußstunden mit dem Auto mitfahren wollen. — Sonntag 7 Uhr alle Radfahrer am Striegauer Platz.

— Abt. 6. Sonntag 7 Uhr Fahrt des Autos. — Alle Spieldienste Sonnabend pünktlich 17,30 Uhr bei Hanke zur Radfahrt nach Röderwald. (Zug fährt 18,30 Uhr bei Hauptbahnhof.)

— KFV. Sonntag 7 Uhr Gneisenauplatz mit Sympathisierenden zur Autofahrt.

Wochtein. Sonnabend 19 Uhr Sammelabend im Kneipebau.



bestimmen die Arbeiter einer Reihe Betriebe für den nächsten

Waldenburger Bergland

GROSS-WALDENBURG

Achtung, Metallarbeiter! Freitag 10 Uhr findet in der Stadtkneipe eine Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Tagesordnung: 1. Aufstellung von Kandidaten zum Verbandsstag. 2. An die Verwaltung gestellte Anträge. 3. Verschiedenes. Jeder Kollege muss infolge der Wichtigkeit teilnehmen! Unsere Genossen erscheinen bereits um 18 Uhr!

Die Sellengruppe Weizstein marschiert am Sonntag zur Landespropaganda. Abmarsch 12.30 Uhr von der Gemeindemühle. Um 16 Uhr öffentliche Versammlung in Adelsbach im Gasthaus zum „Goldbach“. Um 19.30 Uhr öffentliche Versammlung in Konradshain im „Goldner Frieden“. Kein Genosse darf fehlen!

Über-Salzbrunn sagt. Am Dienstag fand eine Sitzung des Ober-Salzbrunner Parlaments statt. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft erschien mit ihrem Erstplandidaten und hatte somit die Mehrheit. Bereits bei der Aussprache über die Beschaffung von Rostlandarbeiten zeigten die Bürgerlichen, wie ihre praktische Arbeit aussieht. Sie kündigten geschlossen gegen den Vorschlag des Gemeindevertreters. Damit sind die Erwerbslosen weiter Elend preisgegeben. Erwerbslose von Ober-Salzbrunn und Sandberg, protestiert energisch dagegen. Mehr als 80 Kollegen werden in den nächsten Tagen ausgesteuert sein. Es wird ihnen von der Gemeinde ein Zettel in die Hand gedrückt mit der Aufforderung, nochmals sämtliche Unternehmer abzulassen. Finden sie trotzdem keine Arbeit, so gibt es das Gnadenbrot. Wie dieses aussieht, ist hierzulande bekannt. Es kam bereits vor, dass eine vierköpfige Familie 15 Mark monatliche Unterstützung erhielt. Am 20. Mai geht Antwort! Wählt Kommunisten!

Oberes Revier

Kommunisten auf der Reise. Mit Beschluss unserer Mitgliederversammlung galt es, die Dörte um Friedland zu bearbeiten. Früh 8 Uhr ging es per Bahn los. Für einen Teil unserer Genossen vielleicht zu früh, für die soll es nur ein Gedauern geben, dass sie es sich haben entgehen lassen, in der herrlichen Natur, abseits von der Stätte der Ausbeutung, mitzuwandern. Die Kameraden von Friedland erwarten uns am Bahnhof und nun ging es geschlossen unter den Klängen der Musik durch die Stadt nach Neudorf. Die Tätigkeit der Genossen war äußerst ruhig und demzufolge der Umzug ein guter. Entlang der tschechischen Grenze ging es dann nach Göhrenau. An den Grenzbächen wurde von unserer Kapelle die Internationale gespielt. Das Trio „Föhrer, höret die Signale“ wird einst nicht unbeachtet bleiben. Als letzter Ort war Görbersdorf vorgeschen, die Stätte der Erholungsbedürftigen, der Opfer der kapitalistischen Profitwirtschaft. Genosse Müller hielt hier eine lehrige Ansprache. Seine Aufführungen fanden Anklang. Abends spät ging es dann zurück mit dem Bewußtsein, einen Teil unserer großen Arbeit bewältigt zu haben.

Die Auszahlung des Krankengeldes an Mitglieder des Bergarbeiterverbandes findet Sonnabend von 17–18 Uhr im Schützenhaus statt.

Rüster zum letzten Sonntag. Alle Parteigenossen und KFV-Kameraden melden sich Sonnabend 17 bis 18 Uhr und Sonntag 7 bis 8 Uhr bei Genossen Jochmann, Gottesberg. Keiner fehle!

Königszell

Arbeiter, hörst nach! Ein Arbeiter schreibt uns: Die Ortsgruppe der kommunistischen Partei versuchte in einer Versammlung zu der Arbeiterschaft zu sprechen, aber die Königszeller Saalbesitzer wollten

ihre kleinen Saal geben. (Der eine war anderweitig vergeben.) Es wird wohl niemand daran glauben, dass die Kommunisten alles kaputt schlagen, nein, der Grund ist darin zu suchen, dass verschiedene prominente Herren dahinter stehen und auf die Besucher einwirken. Wir sind in der Lage, diese Herren namhaft zu machen, wollen es aber vorsichtig unterlassen. Arbeiter, gebt diesen Herrschäften am 20. Mai die richtige Antwort, indem ihr aus dem Schwarzweissgoldenen ein rotes Königsgelb macht. Deshalb jede Stimme der Liste 5 — den Kommunisten!

Striegau

Gießachsdorf. Wie sie lügen! Im Striegauer Blättchen schreibt ein Schmid von 500 Teilnehmern an dem Spaziergang der

Schweidnitz

Auf zum Landesamtstag! Alles muss sich beteiligen. Fahrpreis 1 Mark. Abfahrt 7 Uhr Margaretenplatz. Für alle Parteigenossen ist es Parteibefreiung. KFV-Kameraden, an die Front!

KPD. - Wahlversammlungen

Es sprechen am Freitag, dem 11. Mai, in:

Schreiberhau Genosse Reimann - Breslau.
Glogau-Zehdenick (b. Glogau) Hoffmann - Berlin.
Jauer Genosse Kunz - Berlin.
Königsfeld (20 Uhr) Genosse Adelt - Breslau.

Münsterberg (Schützenhaus, 20 Uhr) Genosse Haasen - Breslau.

Härtig (20 Uhr) Genosse Gläser - Breslau.

Deutsch-Lößnig (b. Görlitz) Genosse Erbe - Breslau.

Berzdorf (Gasthof Pfützschle) Genosse Ende - Petersdorf.

Alt-Grimma Genosse Walter-Landesamt.

Leichenau-Taulendorf (20 Uhr) Genosse Hennig - Schweidnitz.

Leopoldshain (Antler, 20 Uhr) Genosse Anders - Görlitz.

Es sprechen am Sonnabend, dem 12. Mai, in:

Petersdorf Genosse Reimann - Breslau.

Altahain (bei Geisler) Genosse Reimann - Breslau.

Groß-Lassig (14 Uhr) Genosse Haasen - Breslau.

Glogau (Friedenerstr. 13) Genosse Hoffmann - Berlin.

Babelsberg Genosse Honisch - Waldenburg.

Schweidnitz-Tempelhof (18 Uhr) Gen. Adelt - Breslau.

Görlitz (14 Uhr) Genosse Hoffmann - Berlin.

Gießachsdorf (b. Thon, 20 Uhr) Genosse Kunz - Berlin.

Ober-Salzbrunn (20 Uhr, „Goldner Frieden“) Genosse

Dombrowski - Breslau.

Nöbervitz (20 Uhr, Lokal Schwan) Genosse Biemann - Breslau.

Schweidnitz („Stadt Breslau“) Genosse Adelt - Breslau.

Geißendorf (20 Uhr) Genosse Gläser - Breslau.

Döls (20 Uhr) Genosse Thomas - Breslau.

Alt-Warthau (Gasthof a. Steinberg in Neu-Warthau) Genosse

Heinecker - Breslau.

Reichenbach (b. Görlitz) Genosse Langer - Sagan.

Petershain (b. Niesky) Genosse Balzer - Niesky.

Hausdorf (Kt. Waldenburg, 16 Uhr) Genosse Thomann - Breslau.

Lampernshof (Kt. Neurode, 20 Uhr, Lokal Junggebauer)

Genosse Müller - Langenbielau.

Glogau-Pozitzig (20 Uhr) Gen. Hoffmann - Berlin.

Gruna (b. Hirschberg, „Brauner Hirsch“) Gen. Ende - Petersdorf.

Mauer (b. Löwenberg, 20 Uhr) Genosse Kirschke - Hirschberg.

Werzeldorf (Kt. Ohlau, bei Ludwig, 20 Uhr) Genosse

Wiesner - Ohlau.

Schömberg (Schützenhaus) Genosse Walter - Landeshut.

Hermsdorfsiedlung Genosse Brückner - Landeshut.

Döber (b. Sagan, 20 Uhr) Genosse Giech - Sagan.

Großwitz (20 Uhr) Genosse Langen - Sagan.

Schönheide (20 Uhr) Genosse Klei - Langenbielau.

Friedrichshain (20 Uhr, „Alter Frei“) Genosse Heinze - Peterswaldau.

Arnstadt (20 Uhr, Kreishaus Prädiger) Genosse Ulrich - Görlitz.

Dessau (20 Uhr, Kreishaus) Gen. Dengler - Görlitz.

Es sprechen am Sonntag, dem 13. Mai, in:

Kaufung (Gasthaus „Zum Grünen Baum“) Filmvorführung „Der Weg zum Sieg“, Ansprache, Gen. Dombo - Breslau.

Fellhammer (9 Uhr) Genosse Wollweber - Breslau.

Gießachsdorf (14 Uhr) Genosse Wollweber - Breslau.

Rothenbach (9 Uhr) Genosse Haasen - Breslau.

Alt-Rässig (14 Uhr) Genosse Haasen - Breslau.

Glogau (Friedenerstr. 13) Genosse Hoffmann - Berlin.

Babelsberg Genosse Honisch - Waldenburg.

Schweidnitz-Tempelhof (18 Uhr) Gen. Adelt - Breslau.

Görlitz (17 Uhr) Genosse Reichel - Langenbielau.

Habelschwerdt (11 Uhr am Ring) Genosse Müller - Langenbielau.

Neugersdorf (bei Neurode, 15 Uhr auf dem Marktplatz)

Genosse Müller - Langenbielau.

Heidersdorf (Pr. Nimpisch, 15 Uhr am Marktplatz) Genosse Langer - Faulbrück.

Nimpisch (11 Uhr am Ring) Genosse Langer - Faulbrück.

Groß-Wiebau (15 Uhr) Genosse Hirsch - Schweidnitz.

Fischbach (bei Hirschberg) Genosse Hirsch - Hirschberg.

Albendorf (bei Neurode, 15 Uhr im „Kronprinz“) Genosse Walter - Landeshut.

Wiesau (Kt. Sagan) Genosse Himmel - Sagan.

Mittelsteine Genosse Heinze - Petersdorf.

Wünschelburg (Pr. Neurode) Genosse Heinze - Peterswaldau.

Radmeritz (16 Uhr, „Zur Eiche“) Genosse Anders - Görlitz.

Friedersdorf Genosse Beier - Schödorff.

Beste Bezugsquelle
für Kurz-, Weiß-, Wollwaren
und Herren-Artikel

I. Königsberger
Märkischberg

Schuhe auf Zeitzahlung!
ohne Preiserhöhung nach Abzahlung
 sofort ins Haus — Ausweis mitbringen

Schuhe-Leder-Strümpfe-
Reparaturen

Schuh-Haus „Reich“
Gleiwitz, Kronprinzenstraße Nr. 12
Hindenburg, Kronprinzenstraße Nr. 39

Fahrräder

Brennabor
Diamant
Görlicke
Naumann
sowie Spezial-Räder
auch zu den begünstigsten Raten-
zahlungen

B. Simenauer
Hindenburg
Kronprinzenstraße, neben Nr. 134

Ich bin auch zum
Landgericht Gleiwitz
zugelassen.

Lichtenstein
Rechtsanwalt und Notar
Hindenburg, Kronprinzenstr. 127

**Herrchen-
Bekleidung**
**Damen-
Konfektion**

Nur die neuesten Modelle

Die allzuverlässigen Waren
und die niedrigsten Preise sind
meine unumstößlichsten Grundsätze

Moritz Diesel
Görlitz
Obermarkt Nr. 6

Schuhwärter
preiswert - gut!
Deutsche Schuhwarenhalde
A. Blitz Görlitz Postplatz 16
Alleinverkauf der Marke „Dorndorf“

Salamander-Schuhe
Schuhhaus
Erich Mihatsch
Postplatz Nr. 14/15

Bringe hiermit meinen
Schönheits-Salon
für
Damen u. Herren
in empfehlende Erinnerung
Babikopfpflege
Martin Jahn, Friseurmeister
Görlitz, Mittelstraße 34

Rohrsch
täglich frisch, entgrätet,
koch- u. bratfertig, Pf. 60
Gebäckstücke
emigratet, fertig zum
Mitnehmen - von 20 Pf.
Auerkraut wohlschmeckende und austreichende
Mittags- und Abendmahlzeiten 55 - 66 Pf.
Bekannter Speiseraum. Kein Trinkzwang

Fischküche
Görlitz, Berliner Str. 42

13. Mai, offener Sonntag!

An diesem Tage erhält jeder Kunde
bei einem Einkauf von Mk. 1,95 an
ein nützliches Geschenk!

Für das Pfingstfest
bringe ich große Sortimente in
Damen- und Kinderstrümpfen,
Leibwäsche, H.-Oberhemden,
Trikotwäsche, Damenkleider
Blusen usw.

M. LIEBERMANN
Inhaber: Paul Tebrich
Lauban, Weberstr. 5
Das Modehaus für alle

Amtliche Bekanntmachungen von
Dittersbach

Die von der Gemeindevertretung in
der Sitzung vom 4. 5. 1928 beschlossene
Hundesteuerverordnung liegt in der Zeit
vom 10. bis einschl. 23. Mai d. J. in der
örtlichen Steuerabteilung, Zimmer Nr. 7
des Amtsgerichts, zur öffentlichen Einsicht
aus.

Dittersbach, den 9. Mai 1928.
Der Gemeindevorsteher
Roegler.

Der von der Gemeindevertretung in
der Sitzung vom 4. 5. 1928 beschlossene
2. Nachtrag zur Vergnügungssteuer-
ordnung der Gemeinde Dittersbach liegt
in der Zeit vom 10. bis 23. Mai d. J. in der
örtlichen Steuerabteilung, Zimmer
Nr. 7 des Amtsgerichts, zur öffentlichen
Einsicht aus.

Dittersbach, den 9. Mai 1928.
Der Gemeindevorsteher
Roegler.